

N° 36

6. 9. —
12. 9. 2014

DAS MAGAZIN



werk,
bauen+wohnen

WELCHE
SCHWEIZ
BRAUCHT
DIE
SCHWEIZ?

82 GROSSE FRAGEN AN EIN KLEINES LAND

Die moderne Schweiz wurde 1848 gegründet als ein liberaler föderalistischer Staat, als ein politisches Projekt für die Zukunft. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist unser Land international verstrickt, der wirtschaftliche, politische, aber auch der kulturelle Blutkreislauf des Landes erstreckt sich weit über die Grenzen hinaus. Doch gegenwärtig hat man das Gefühl, der Schweiz fehle es an Ideen, wie dieses Erfolgsmodell in Zukunft weiterzuspinnen sei. Ein Kulturkonflikt um die eigene Identität und Position im 21. Jahrhundert blockiert die Politik und verhindert Visionen, wo diese nötig wären. Wie also, vor diesem Hintergrund, kann und soll sich die Schweiz entwerfen, um ihre Erfolgsgeschichte auch über die nächsten hundert Jahre fortzusetzen? Oder anders gefragt: Welche diskursiven Ressourcen hat das Land noch zur Verfügung, um sich künftig zu positionieren?

Der Frage nach der Zukunft der Schweiz geht auch der «Salon Suisse» an der Architekturbiennale 2014 in Venedig nach, dessen Medienpartner «Das Magazin» ist (www.biennials.ch). In dieser besonderen Ausgabe werfen wir diejenigen Fragen auf, von denen wir glauben, dass sie für die Schweiz von Bedeutung sind. In fünf Kapiteln stellen wir 82 grosse Fragen und bitten

kompetente Leute um eine Antwort. Das vorliegende «Magazin» enthält politische und technisch-raumplanerische Überlegungen, beschäftigt sich aber auch mit den kulturellen Dispositionen unseres Landes. Wir glauben, dass das Gespräch über die Zukunft der Schweiz gestärkt werden muss; dieses vielfältige Heft soll dafür die nötigen Grundlagen liefern.

Diese «Magazin»-Ausgabe entstand übrigens in Kooperation mit «werk, bauen + wohnen», der Schweizer Architekturzeitschrift mit internationaler Ausstrahlung. «werk, bauen + wohnen» berichtet in thematischen Heften über Architektur und die Entwicklung der gebauten Umwelt. Und dies seit hundert Jahren: 1914 gründeten der Bund Schweizer Architekten BSA und der Schweizer Werkbund gemeinsam das «Werk» als Monatszeitschrift für Architektur, Kunst und Kunstgewerbe. Für internationales Niveau sorgen seither prominente Redaktoren wie Hans Bernoulli, Alfred Roth oder der Soziologe Lucius Burckhardt. Seit 1980 liefert die Zeitschrift «bauen + wohnen» den zweiten Teil des Namens. «werk, bauen + wohnen» erscheint als Organ des BSA zehnmal jährlich im Verlag Werk AG, Zürich.

FINN CANONICA, SIMONA PFISTER

Seite 4 Wer sind wir?

Über unsere Identität, Selbstbilder und Täuschungen

Seite 12 Wie entscheiden wir?

Über Reformen an unserem demokratischen System

Seite 20 Wovon leben wir?

Über die Art, wie wir in Zukunft Geld verdienen

Seite 26 Wie leben wir?

Über neue Vorstellungen vom Zusammenleben in der Stadt und auf dem Land

Seite 36 Wo leben wir?

Über eine schönere Agglomeration, dichte Städte und leere Landschaften

Mit Illustrationen von STEVEN WILSON und
Porträts von CHRISTIAN GRUND

«Wir müssten akzeptieren, dass die Schweiz insgesamt eine Metropole ist, die nicht exakt an den Landesgrenzen endet.»

Philip Ursprung

WER
SIND WIR?
WER
SIND WIR?
WER
SIND WIR?

1 Ist es ein Privileg, Schweizer zu sein?

Ich zögere, diese Frage rundum zu bejahen. Jede Nation hat ihre eigene Würde. Wenn ich an die Länder denke, in denen ich als Diplomat lebte, würde ich sagen: Die Amerikaner, die heutigen Deutschen, die Kroaten oder auch die Jordanier haben allen Grund, sich auch privilegiert zu fühlen. Diese Nationen mussten härtere Herausforderungen bestehen als die Schweiz. Darauf dürfen sie stolz sein.

Dennoch bejahe ich die Frage aus zwei Gründen: Zweihundert Jahre in keinen internationalen Krieg verwickelt zu sein, das ist ein Privileg. Viele beneiden uns darum. Sodann genießt der Bürger in der Schweiz mit den ausgebauten Volksrechten mehr politische Freiheit. Auch das ist ein Privileg.

Paul Widmer, Alt-Botschafter und Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen

2 Welche Erzählungen, Bilder und Zeichen braucht die Schweiz, um auch in Zukunft trotz partikulärer Identitäten den Zusammenhalt zu sichern?

Den patriotischen, den Nationalstaat besingenden Narrationen wäre vielleicht eine Erzählung gegenüberzustellen von einer heutigen Schweiz als Land in der Welt, einer Schweiz, die nicht trotz partikulärer Identitäten, sondern gerade dieser vielen Identitäten wegen, als Summe ihrer Teile existiert. Diese Erzählung wüsste darum, dass Gemeinden, Gemeinschaften, Demokratien genauso wie Freundschaften nicht auf die Aufhebung von Differenzen, auf die Ähnlichkeit der Beteiligten angewiesen sind: Ähnliche Menschen, schrieb Aristoteles, bringen allein keine Stadt zuwege.

Diese Erzählung würde auf die Landesgrenzen blicken und die Schweiz, wie jedes andere, als Land in Bewegung, als Land der Ein- und Auswanderung begreifen, als Land, das bereist, durchquert, besucht und bewohnt werden kann, ein Land mit fließenden Übergängen, in faktischer Verbindung mit der Welt.

Aber auch eine solche Erzählung dürfte nur eine behelfsmässige sein vor dem Hintergrund der Frage, weshalb und wie lange solche Narrationen, die nationale Identitäten behaupten und fördern, noch nötig sind. Angesichts der derzeitigen politischen Situation halte ich jede konkrete Handlung gegen den verengenden Nationalismus für eine Pflicht.

Dorothee Elmiger, Schriftstellerin

3 Braucht ein Land überhaupt eine Erzählung? Kann es nicht einfach auf einem vernünftigen Geschäftsmodell basieren?

Auch Geschäftsmodelle sind nichts anderes als Erzählungen, sie wollen uns glauben machen, dass bestimmte Investitionen in der Zukunft Renditen tragen. Freilich sind Geschäftsmodelle viel einfachere Erzählungen als nationale Narrationen. Geschäftsmodelle sind im Wesentlichen vergangenheitsentlastet, sie bauen auf die Stunde null der Gegenwart und versprechen Erfolg in der Zukunft. Vor allem aber können Geschäftsmodelle ganz von dem absehen, was eine Demokratie voraussetzt: einem Gemeinsamkeitsglauben, der Bürgerinnen und Bürger in ein politisches Gemeinwesen so einbindet, dass Mehrheits- und Minderheitenentscheide Akzeptanz genießen.

Kurt Imhof, Professor für Soziologie und Publizistikwissenschaft an der Universität Zürich

4 Wie sollte man in der Schweiz über «Stadt» nachdenken?

Wir müssten akzeptieren, dass die Schweiz insgesamt eine Metropole ist, die nicht exakt an den Landesgrenzen endet. Mit lebhaften Quartieren wie Zürich, Basel und Lausanne, langweiligen Quartieren wie Bern und Genf, Vororten wie dem Limmattal, der Region Olten, dem Tessin, der Region Mulhouse und Annemasse und mit einer alpinen Brache. Eine Metropole, die sich wie ein Teppich ausdehnt, ähnlich wie das Ruhrgebiet. Dies ist ein Gedanke, der sich in der breiten Öffentlichkeit noch nicht durchgesetzt hat, obwohl die Diskussion seit den 1950er-Jahren im Gang ist. Es gibt auch kaum Foren ausserhalb der Hochschulen, in denen darüber gesprochen wird. Ich wünschte mir, dass es in der Schweiz eine Biennale der Architektur gäbe, eine Turnus-Ausstellung, die unter internationaler Beteiligung diese Fragen wieder und wieder aufwirft. Zum Städtischen gehört auch, dass die Stadt fortwährend infrage gestellt wird, von Alteingesessenen verteidigt, von Zugewanderten neu entworfen etc. Zum Städtischen gehört das Palaver, und der antiurbane Reflex der Schweizer manifestiert sich darin, dass sie darüber nicht gern diskutieren.

Philip Ursprung, Professor für Kunst- und Architekturgeschichte an der ETH Zürich

5 Gibt es in der Schweiz einen antiurbanen Reflex?

Ja, wie in den meisten Industrienationen. Allerdings ist der Begriff des Urbanen ambivalent. Selbst eingefleischte «Städter» verstehen darunter eine domestizierte Urbanität. Das Idealbild ist die «City», also die autofreie Innenstadt, die Fussgängerzone, in welcher das Urbane in Form von Unkontrollierbarkeit, Schmutz, Armut, Kriminalität, Zuwanderung und sozialer Mischung aussen vor bleibt. Es ist im Grunde eine Bastion von

unbegrenztem Konsum von Waren, Erlebnissen und Kultur, eine Art riesige Lounge, aus welcher das Lärmen der Produktion ausgeblendet ist. Ich denke, dass die zurzeit in der Schweiz lokalisierbare politische Grenze weniger zwischen der scheinbar aufgeschlossenen «Stadt» und dem scheinbar rückständigen «Land» verläuft als zwischen denjenigen Menschen, welche privilegierten Zugang zur «City» haben, und solchen, die diesen nicht haben oder fürchten, ihn bald nicht mehr zu haben. Keine noch so gute Raumplanung kann diesen Konflikt lösen. Dringender als eine perfekte Stadtplanung bräuchten wir in der Schweiz ein Verfassungsgericht, welches verhindert, dass die Politik diese Angst instrumentalisiert und dadurch die Segregation und Ungleichheit verstärkt.

Philip Ursprung, Professor für Kunst- und Architekturgeschichte an der ETH Zürich

6 Was wird die Schweizer Identität in Zukunft am meisten prägen: Stadt, Land, Agglomeration?

Bezieht sich die Frage, direkt politisch, auf interessierte Subjekte, die eine prägende Mehrheit bei zukünftigen Volksabstimmungen darstellen würden? Verweist die Frage auf einen im Gang befindlichen Kulturkampf zwischen Stadt und Agglomeration? Oder bezieht sich die Frage, nur indirekt politisch, auf die bezeichneten, baulich veränderten Siedlungs- und Landschaftsräume, also Objekte, die einen langfristig gültigen, kulturellen, vor allem gemeinsam geschaffenen Wert darstellen?

Bekanntlich gewinnt man mittels unscharfer Begriffe einen Freiraum der Auslegung – als Basis einer gut eidgenössisch offenen Verhandlung. Zudem sind paradoxe Verhältnisse typisch für die Schweizer Identität.

Welche Prozesse oder Personen bieten uns in Zukunft das tragende Vertrauen beim Versuch einer Antwort auf die Frage, ob Stadt, Land oder Agglomeration die zukünftige Schweizer Identität am meisten prägen würden? Antwort: Der Schweizer Stimmbürger – allem Bisherigen zum Trotz!

Hierzu eine ermutigende Beobachtung. Das gegenwärtige Bild der besiedelten Schweiz ist vielfach beschrieben, beklagt und anerkanntermassen ziemlich hässlich. Die Bauwerke ebenso wie Landschaften der Stadt verschneiden, verkeilen sich, verfließen mit Bauwerken und Landschaften der Agglomeration und umgekehrt. Die Identitätsmarken kommen am stärksten von unterschiedlich prägenden Bergprofilen, Gewässern, Vegetation, Gesichtern oder Sprachen. Optimistisch kann man sagen, das gegenwärtige Bild der besiedelten Schweiz ist das Bild einer unfertigen Stadt oder ein Bild unfertiger Identität der Zukunft, also eine Chance.

Und das Land? Das Land wird heute getragen durch den Finanztransfer aus städtischen Räumen. Es erhöht die Chance, die Identität in der Vielfalt zu finden, ein urbaner Prozess. Aus historischen Erfahrungen der Stadt ist bekannt, dass eine Identität der Zukunft allein auf Basis von Kooperation, nicht im Kampf gegen fremde Einflüsse entsteht.

Der Entscheid über Identität kommt aus einem Wertgefühl und ist politisch. In der Schweiz fällt er entweder für kommunalen Kommerz der Grundstücke und ausgrenzende Steuerfüsse oder für aktive Teilnahme und Erneuerung des vererbten Gemeinwohls und Kulturguts wie Boden, Landschaft, Wasser und deren Kohärenz.

Eine Mehrheit der Stimmbürger teilt heute das zentrale Gefühl, die Schweizer Identität sei grundlegend infrage gestellt und bedürfe einer Kurskorrektur. Ich plädiere für Urbanität, keine verordnete, aber wiederholt diskutierte, wenn auch mühsam und gemeinsam erarbeitete Urbanität der offenen Stadt und ihrer Gärten.

Franz Oswald, emeritierter Professor für Architektur und Städtebau

7 Wie wird die Agglomeration die Schweizer Identität künftig beeinflussen?

Die Agglomeration ist demografisch und politisch entscheidend. Sie beherbergt eine nicht einheimische, statusensible Mittelschicht, die für Identitätspolitik eine hohe Affinität hat. Ausserdem schuf die Agglomeration die Heerscharen der Konsumenten von Pendlerzeitungen, die das Politische auf das Empörungsträchtige reduzieren. In der Agglomeration ist die Angst vor Statusverlust aufgrund der ökonomischen Entwicklung und der Immigration am grössten. Erfolgreich sind dort besonders politische Programme, die das aufnehmen.

Kurt Imhof, Professor für Soziologie und Publizistikwissenschaft an der Universität Zürich

8 Inwiefern beeinflusst gebaute Wirklichkeit unser Selbstbild?

Die gebaute Umwelt fungiert wie eine Bühne für das Alltagsleben, gibt eine Art von Choreografie vor. Ein paar Stufen oder ein gekurvter Weg, der auf einen Platz führt, können uns einladen, langsamer zu gehen und mit Passanten ein paar Worte zu wechseln, eine scheinbar endlose Kolonnade kann uns dazu bringen, möglichst rasch das Weite zu suchen. Natürlich fungiert die gebaute Umwelt auch wie ein Spiegel unseres Selbstbildes. Die Leere in den Einfamilienhaussiedlungen mag die einen bedrücken, die anderen beruhigen. Das Durcheinander vor dem Bahnhof regt die einen an, die andern auf. Aber für problematisch halte ich den architektonischen Trend zur Abschottung. Alles, was abschottet und begrenzt, ist positiv konnotiert – von der Schallschutzwand über die meterdicke Wärmedämmung bis zur ornamentierten Betonverblendung für den Müllcontainer. Hier folgt die Architektur, ohne es zu reflektieren, der politischen Tendenz zur Isolation. Und sie verstärkt, ohne es zu wollen, die Angst vieler Menschen vor der Zukunft, dem Anderen und der Veränderung.

Philip Ursprung, Professor für Kunst- und Architekturgeschichte an der ETH Zürich

9 Was für einen Stellenwert soll die Kultur bei der Gestaltung des Landes zukünftig erhalten?

Ich glaube, wir sollten die Zukunft nicht nur den Politikern und der Ökonomie überlassen. Sondern wir brauchen dringend einen kulturellen Thinktank. Mit «kulturell» meine ich jetzt nicht Kultur im Sinne von Museen und Literatur etc. Wir sind ja ein Land, in dem viel gemacht wird für Kultur im engen Sinne: in einer schönen Dichte und auf hohem Niveau. Ich meine Kultur im Sinne von «Wie leben wir?»: Kultur des alltäglichen Lebens von Gemeinschaften im Hinblick auf die



Ich bin ein Faulpelz.

Es ist eine Stärke, wenn man seine kleinen Schwächen kennt. Denn gerade beim Anlegen ist Passivität kein guter Ratgeber. Marktanalyse, Anlagestrategie und Umsetzungsdisziplin sind für eine erfolgreiche Portfoliobewirtschaftung entscheidend. Darauf dürfen Sie sich verlassen, wenn Sie die Verwaltung Ihres Vermögens unseren Experten übertragen.

UBS Vermögensverwaltungsmandate

Best Bank in Switzerland



Jetzt mehr erfahren:
www.ubs.com/mandate
044 238 14 28



massiven Veränderungen, die heute im Gang sind. Dazu gehört auch das, was man vielleicht als Identität in einer globalisierten Zeit zusammenfassen könnte. Die Einzigen, die das bedienen, sind die Nationalkonservativen. Und leider ist deren Kulturverständnis alles andere als dynamisch, es ist rückwärtsgerichtet und folkloristisch.

Wir Schweizer sind ein Land der Pragmatiker – das ist unsere Stärke, aber der Hang zur Technokratie macht uns auch blind, Auswirkungen sind bereits zu spüren. Wir ahnen, wohin die Entwicklung zielt. Und was wir dabei verlieren werden...

Die Frage ist doch, ob wir den Prozess aktiv zu steuern versuchen oder alle kulturellen Veränderungen und Verarmungen als «Kollateralschaden» in Hinblick auf Fortschritt und Wohlstand sozusagen mit geschlossenen Augen hinnehmen wollen.

Wenn es um die Geschichte der Schweiz geht, ist bezeichnend, dass sowohl die Linken wie die Rechten auf kriegerische Ereignisse verweisen. Es ist Zeit, dass auch die anonymen kulturellen Leistungen des Kollektivs überhaupt ins Bewusstsein gehoben werden. Und dass, davon ausgehend, «immaterielles wie materielles Kulturgut» als kostbarer «Stoff», als Inspiration für die Gestaltung der Zukunft anerkannt wird.

Bice Curiger, Directrice Artistique Fondation Vincent Van Gogh Arles und Chefredaktorin von «Parkett» in Zürich

10 Kann die Kunst die Politik inspirieren, oder ist das gar nicht ihre Aufgabe?

Die Identitätskrise, in der sich die Schweiz seit längerem befindet, ist eine Chance – für das kulturelle Schaffen wie für die Politik. Die Krise kann nicht durch den Rekurs auf «nationale» Errungenschaften oder die Beschwörung ökonomischer Segnungen durch Wachstum überwunden werden, sondern nur durch ein Eingeständnis tiefer Verunsicherung. Das könnte die Politik von der Kultur lernen, denn am Ausgangspunkt kulturellen Schaffens steht immer eine Art produktiven Nicht-Wissens. Wie lässt sich Tradition verbinden mit dem Anderen, dem Neuen, dem Nicht-Angestammten? Wie erhält sich eine Gesellschaft ihre Vitalität, Beweglichkeit, Neugierde? Selbstherrliches Beharren auf dem, was da ist, macht so wenig kreativ wie das Schüren von Zukunftsängsten oder die Idealisierung von Nützlichkeitsprinzipien. Ein Problem der Politik sind ihr bisweilen polemischer Umgang mit Sprache und die daraus folgende Simplifizierung und Banalisierung komplexer politischer, weltanschaulicher und kultureller Zusammenhänge. Das befördert eine Form der Denkfaulheit ebenso wie die Sehnsucht nach schnellen Lösungen. Stattdessen wäre der scharfe Blick hinter vermeintliche Selbstverständlichkeiten vonnöten, und genau der ist die Triebfeder kulturellen Austauschs. In den Künsten ist nichts selbstverständlich; vielmehr müssen sie mit dem Paradox leben, dass ihnen nur der permanente Blick ins Bodenlose zu Kreativität und Stabilität verhilft. Die Politik könnte sich davon etwas abschauen und eingestehen, dass sie nicht immer festen Boden unter den Füßen hat und das durchaus als Inspiration begreifen kann. «Das Nicht-Wissen darf am Wissen nicht verarmen», sagte Canetti, der ein äusserst neugieriger Mensch war und sich zeitlebens mit den unterschiedlichsten Kulturen und deren Entwicklungen beschäftigte. Die Kultur muss im politischen Stimmengewirr von Wirt-

schaftspositivismus, patriotischer Selbstvergewisserung und beständiger Abgrenzungs- und Ausgrenzungswut mit Beharrlichkeit Verunsicherung schaffen und einer Sprache misstrauen, die von falschen Gewissheiten ausgeht.

Barbara Frey, Direktorin am Schauspielhaus Zürich

11 Sollte die Schweiz sich mehr als Kunstland positionieren?

Unbedingt. Man ist da zu bescheiden. Wer all die Orte für Gegenwartskunst zwischen Genf und Romanshorn in einer Karte einzeichnet, erhält ein Bild, das einmalig auf der Welt ist. Es ist auch bemerkenswert, wie viele gute und eigenwillige Künstler und Architekten dieses kleine Land hat. Doch fällt mir etwas unangenehm auf, wie sich in neuerer Zeit eine Art vorauseilendes Anbieten an «das Internationale» bis zur Selbstaufgabe breitmacht – so waren die alljährlich in Basel stattfindenden Swiss Art Awards nur in Englisch angeschrieben, samt den Erklärungen der Künstlerinnen oder Kuratoren.

Bice Curiger, Directrice Artistique Fondation Vincent Van Gogh Arles und Chefredaktorin von «Parkett» in Zürich

12 Hat die Neutralität einen Wert per se? Hat sie einen Nutzen?

Ja. Die Neutralität dient dem Frieden. Der permanent Neutrale verpflichtet sich zu zweierlei: keinen Krieg zu beginnen und im Kriegsfall keine Partei zu begünstigen. Würden alle Staaten dies einhalten, hätten wir den ewigen Frieden. So viel zum Grundsatz.

Die Realität freilich sieht anders aus. Die zwischenstaatlichen Beziehungen sind gekennzeichnet vom Kampf um Macht und Einfluss. In diesem Zusammenhang ist die Neutralität für kleinere Staaten ein vernünftiges Konzept zur Selbstbehauptung. Die Neutralen verpflichten sich verbindlich, an kriegerischen Handlungen nicht teilzunehmen, im Gegenzug verpflichten sich die andern, das Abseitsstehen zu respektieren.

Die Neutralität wirkte sich in der Schweiz sehr positiv auf die innere Entwicklung aus. Sie legte dem Machtstreben, das in den Eliten stärker vorhanden ist als im Volk, Zügel an. In der Aussenpolitik muss man oft rasch handeln und von oben herab entscheiden. Mit der Neutralität bevorzugte die Schweiz bewusst die innenpolitische Entwicklung auf Kosten aussenpolitischer Macht. Das war gut für eine konfessionell gesplittene Schweiz, war auch gut für das Zusammenleben zwischen sprachlich verschiedenen Landesteilen und die freiheitliche Entwicklung der Bürgergesellschaft. Man kann nicht beides gleichzeitig haben: in der Innenpolitik die Vorteile eines Kleinstaats mit viel Freiheit, in der Aussenpolitik das Prestige eines Grossstaats. Das eine setzt dem andern Grenzen.

Paul Widmer, Alt-Botschafter und Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen

13 Ist die entscheidende Herausforderung für die Schweiz in der Zukunft das Verhältnis zur EU?

Gewiss, denn Christoph Blochers Vorstellung einer souveränen Igel-Schweiz macht nur Sinn, wenn man davon aus-



Dorothee Elmiger, Schriftstellerin

geht, dass die EU eine unrettbare Fehlkonstruktion ist und darum demnächst untergeht. Ich halte diese These aus vielen Gründen für töricht. Die EU ist und bleibt eine grossartige (und durchaus nicht selbstverständliche) Leistung transnationaler Friedenssicherung und Zusammenarbeit. Wir haben die Neigung, das zu verdrängen. Doch wir Schweizer können heilfroh sein, dass die EU existiert. Unser eigenes Wohlbefinden wird immer in hohem Masse vom europäischen Umfeld abhängig sein. Ich gebe zu, dass der bilaterale Weg eine Form der mit dem politischen Selbstverständnis der Schweiz nicht einfach zu vereinbarenden Anpassung darstellt. Man sollte nicht leugnen, dass der Bilateralismus nun grössere Integrationschritte verlangt. Dennoch: Den fälligen Pragmatismus müssen wir – nicht zuletzt aus Selbstinteresse – aufbringen. Das putzig-trotzige Gallierdorf mitten in einem sonst hoch integrierten Kontinent spielen zu wollen ist so unvernünftig wie unnötig. Es wird sich auf Dauer nicht durchhalten lassen, und es widerspricht dem Schweizer Erfolgsmodell, das immer verstanden hat, Eigenständigkeit und Anpassung ins Lot zu bringen, sodass beides möglich war: Wohlstand und die Wahrung einer Souveränität, die mehr ist als bloss Fassade.

Georg Kohler, emeritierter Professor für Philosophie

14 Beschäftigen wir uns zu sehr mit uns selbst?

Mir scheint diese Frage bloss eine Sprachfigur zu sein. Es geht nicht um eine Klärung oder Antwort. Das zeigt sich schon daran, dass es eine geschlossene Frage ist, die im Grunde mit Ja oder Nein beantwortet werden könnte – ohne weiteren sachlichen Gewinn. Entscheidend ist die Versicherung, zu welchem Lager ich mich zähle, danach die Befestigung des eigenen ideologischen Territoriums und schliesslich die Widerlegung des «Anderen».

Bipolar: Tatsächlich ähnelt der Diskurs funktional jenem aus der Zeit vor 1989. Die Selbstvergewisserung und selten auch die Scham darüber, auf der richtigen Seite zu stehen, sind dabei wichtiger als die Entwicklung von Möglichkeiten sprachlicher Auseinandersetzung. Die Frage verweist auf einen sozialen Reflex während eines offenen Konflikts, als das «Wir» vom «Anderen» in seiner Existenz bedroht wurde und es lebenswichtig schien, unterscheiden zu können, wer zu welcher Seite gehörte. Diese Epoche ist überwunden. Grundsätzlich würde Friede herrschen, und so segensreich er für den Wohlstand ist, so wenig scheint sich mit ihm politisch anfangen zu lassen. Ein Diskurs jenseits konstruierter Dichotomien lässt so weiter auf sich warten. Währenddessen berauscht sich jenseits der politischen Ziele der Populismus am «Wir-Gefühl». Beunruhigend ist dabei die Erfahrung, dass die Medizin gegen den politischen Kater üblicherweise Extremismus heisst.

Lukas Bärfuss, Schriftsteller

«Wer wir sind und was wir tun können, hängt nicht nur von unseren Definitionen ab, sondern auch von deren Durchhaltbarkeit in der Welt.»

Oliver Diggelmann

15 Sehen wir genügend, wie das Ausland uns sieht?

Wir haben eine Neigung zu glauben, wir könnten andere dazu bringen, unsere Definition einer Situation zu übernehmen, wenn wir nur genügend darauf beharren. Drei Beispiele: In unserer eigenen Wahrnehmung ist unsere Neutralität eine moralisch unangreifbare, tendenziell gar überlegene Haltung, das Bankgeheimnis definier(t)en wir als Dienst an den Menschenrechten, und die Bilateralen Abkommen sind nach unserer Lesart Vertragswerke zwischen gleichen Partnern, die beide harte Forderungen stellen und in den Verhandlungen gleichermaßen nachzugeben haben. Das Ausland aber nimmt rigide Neutralität in ernstesten Krisen zuweilen als amoralisch wahr, das Bankgeheimnis betrachtete es nicht ganz grundlos als glatte Hehlerei, und die Bilateralen sind für die EU ein Teilanschluss an ein bestehendes Binnenmarktsystem, bei dem es in den zentralen Punkten nichts zu verhandeln gibt. Das hierzulande verbreitete Pochen auf die gesonderte Neuverhandlung einzelner Kernpunkte wird aus EU-Perspektive teilweise als absurd betrachtet, erhalte doch die Schweiz mehr Rechte als die EU-Mitgliedstaaten selbst. Viele Probleme entstehen, weil wir uns ungenügend darauf einlassen, wie unser inbrünstiges Beharren auf der Richtigkeit unserer eigenen Definition der Situation wirkt. Da ist eine Dosis Autismus im Spiel. Manchmal geht das als Schlaumeierei durch, im ungünstigen Fall aber erzeugt es heftigen Druck, und wir knicken dann kleinlaut und etwas würdelos ein. Wie etwa, als die USA die Namen derjenigen Schweizer Bankmitarbeiter verlangten, die mit amerikanischen Kunden zu tun hatten, und wir zuerst verkündeten, wir würden uns auf keinen Fall auf eine solche Forderung einlassen. Plötzlich ging es dann ruck, zuck. Klug wäre, Eigen- und Fremdwahrnehmung in heiklen Situationen sorgfältig abzugleichen und die Spielräume clever zu nutzen – dort, wo sie tatsächlich bestehen. Das Problem, das ich hier beschreibe, ist nicht ein Problem der Eliten in Bern. Das Problem liegt bei grossen Teilen des «Volkes» und jenen breitbeinigen Politikern, die ihm einreden, es sei unfehlbar. Wer wir sind und was wir tun können, hängt nicht nur von unseren Definitionen ab, sondern auch von deren Durchhaltbarkeit in der Welt. Es gibt ein etwas schwieriges Fremdwort, das dieses schweizerische Beharren auf der eigenen Situationsdefinition erfasst: Idiosynkrasie. Wörtlich bedeutet es «Selbstzusammenmischung». Zu viel nationale Idiosynkrasie kann uns daran hindern, unsere Spielräume optimal zu nutzen. Wir verlangen unrealistisch viel und sind dann, nach dem Einknicken, regelmässig verschnupft.

Oliver Diggelmann, Professor für Völker- und Staatsrecht an der Universität Zürich



Die Wirkung macht den Unterschied.

Mit Streuwerbung erreichen Sie eine grosse Zielgruppe einfach und kostengünstig. Lancieren Sie Ihr Angebot und gewinnen Sie Neukunden! Ihrer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Ihrem Erfolg auch nicht.

Fakten, Erfolgsgeschichten und Inspiration: post.ch/wirkung

DIE POST 
Gelb bewegt.

«Der Bürger – und nicht der Staat – soll möglichst viel selber entscheiden. Dieses Maximum an politischer Freiheit lässt sich nur aufrechterhalten, wenn die Bürger Verantwortung übernehmen.»

Paul Widmer

16 Lässt sich die Zukunft mit der bisherigen politischen Grundordnung des Schweizer Staates noch bewältigen?

Davon bin ich überzeugt. Doch jede Ordnung muss an die aktuellen und künftigen Herausforderungen angepasst werden. Verheerend ist es, wenn von Menschen geschaffene Institutionen (wie die Demokratie) sakralisiert und damit der Reformdiskussion entzogen werden. Und wenn die Zusammenhänge unserer Wertgrundlagen (wie Menschenrechte, Föderalismus und Demokratie) ausgeblendet werden. Unser Gemeinwesen beruht nicht nur auf der Idee der Demokratie, sondern gleichwertig auf den Menschenrechten (auch als Voraussetzung jeder Demokratie), der Bundesstaatlichkeit und dem Ausgleich. Es ist seltsam und bedauerlich, dass in der Schweiz staatspolitische Themen wie die Zukunft des Föderalismus oder die Voraussetzungen und Schranken unserer Demokratie kaum Beachtung finden. Und der Rechtsstaat wird zunehmend angefochten. Wo sind seine Hüter?

René Rhinow, Alt-Ständerat und Professor für öffentliches Recht an der Universität Basel

17 Welche äusseren Faktoren setzen das Schweizer Staatsmodell am stärksten unter Druck?

Mir scheint, dass elementare helvetische Prinzipien an Bedeutung verloren haben: einmal das «Mass», das Massvolle, das Vernünftig-Angemessene. Ist es ein Zufall, dass das grundlegende liberale Prinzip der Verhältnismässigkeit (welches das für die einzelnen Menschen Angemessene verlangt) in der Politik zunehmend missachtet wird? Dann hat auch der Ausgleich, die Sorge um eine grösstmögliche Berücksichtigung von Interessen, etwa zwischen gesellschaftlichen Schichten, Kulturen, politischen Strömungen, Landesteilen und (auch neuen) Glaubensrichtungen, an Glanz verloren. Man könnte drittens auch noch die Bescheidenheit und den Respekt vor anderen Menschen und Meinungen anführen, die wir bislang zur Basis unserer politischen Kultur zählten. Polarisierung, Radikalisierung und Egozentrismen, verbunden mit einer Verhöhnung des Kompromisses, sind Gift für unser Modell.

René Rhinow, Alt-Ständerat und Professor für öffentliches Recht an der Universität Basel

18 Ist die direkte Demokratie schlecht für die Umwelt, weil die Menschen kurzfristig entscheiden?

Natürlich birgt die direkte Demokratie die Gefahr, eher kurzfristig orientierte Entscheidungen hervorzubringen. Insofern scheint sie tatsächlich auf den ersten Blick schlecht für die Umwelt zu sein – besonders wenn man nach China blickt, wo vereinzelt und lokal durch Befehl von oben relativ viel auf Mal in Sachen Umweltpolitik bewegt wurde. Der entscheidende Punkt ist aber, dass die Verhaltensänderungen in einem demokratischen System nachhaltiger sind, auch wenn es vielleicht ein bisschen länger dauert, bis sie sich durchsetzen. Denn die Menschen sind dann wirklich davon überzeugt, dass sie ihr Verhalten anpassen müssen. Zudem dürfte die Bereitschaft grösser sein, sich auf von der Politik beschlossene Umweltvorschriften einzulassen, wenn man die Möglichkeit hätte, sich doch dagegen zu äussern.

Renate Schubert, Leiterin des Instituts für Umweltentscheidungen der ETH Zürich

19 Ist die direkte Demokratie hinderlich für grosse Konzepte beziehungsweise eine langfristige Planung?

Die jüngsten Friktionen in diesem Land zwischen direkter Demokratie und grossen Konzepten sind kein Grund für Kulturpessimismus bezüglich Demokratie. Vielmehr gilt es ein ganz anderes Thema anzugehen, das uns das 20. Jahrhundert hinterlassen hat: die Überbrückung der Kluft zwischen den Weltentwürfen der Experten und den torsohaften Realitäten, die sich dann einstellen. Darauf haben Stadt- und die Raumplanung bis anhin keine Antwort gefunden. Dafür genügt ein Blick in die schweizerischen Siedlungslandschaften der Gegenwart, die so gar nicht den Modellen der Planer entsprechen. Vor diesem Hintergrund Zukunft zu formen verlangt, Planung neu zu verstehen. Planung in einer Demokratie – und erst recht in einer direkten Demokratie – erfordert Vision, Flexibilität und Kommunikation. Es braucht grosse Ideen, und dafür gilt es, dem guten Argument den Vortritt zu lassen und die notwendigen Allianzen zu entwickeln.

Angelus Eisinger, Städtebau- und Planungshistoriker

20 Kann man in einer föderalistischen Ordnung bundesweit planen? Wie?

Der schweizerische Föderalismus lebt von unterschiedlichen Denk- und Empfindungskulturen, diese prägen unsere Mentalität und sorgen für einen gewissen Stolz. Wenn es gelingt, diese Qualität frei von Einzelinteressen zu halten, kann sie die

Grundlage werden einer visionären Planungskultur. Die föderalistische Ordnung beruht auch auf räumlichen Grenzen, innerhalb derer sich die Beteiligten ihre Kompetenzen sichern. Grenzen schaffen aber auch Grenzräume, und diese sind in der Planung oftmals die beeinträchtigten Elemente. Unsere im föderalistischen System gewachsenen Denk- und Empfindungskulturen machen einen Brückenschlag nötig zwischen Fach- und Ortskenntnis sowie bundesweiten und lokalen Interpretationen der Raumbilder. Eine entsprechend integrale Denkweise basiert auf einem weit gefassten Verständnis von Lebensraum und auf der gleichen Berücksichtigung aller Disziplinen. Gefragt ist also eine Koordination von Vision, Raumbild und Dynamik. Es ist wahrscheinlich, dass dies, wie bei einigen Planungs- und Entwicklungsprozessen in der Schweiz bereits zu beobachten, aus lokalem Engagement entsteht und auch geführt wird.

Rainer Klostermann, Architekt und Städtebauer

21 Wenn in den jüngsten Abstimmungen sichtbar wurde, wie unterschiedlich die Vorstellungen in der Bevölkerung sind, ist es dann noch sinnvoll oder nötig, eine Vision für die gesamte Schweiz zu entwerfen?

Ich erinnere mich vage an ein Gemälde, das anlässlich der Expo.02 in einer Tageszeitung publiziert wurde: Das Bild zeigte ein Pfahlbauerdorf in einem Bergsee. Es war von hoher Suggestionskraft, hat mich irritiert und fasziniert. Es vereinte auf paradoxe Weise zwei Pole der Mythenbildung in unserem Land: das Flachland, insbesondere die Drei-Seen-Landschaft, und den Alpenbügel. Scheinbar Unvereinbares zusammenzubringen – genau das macht für mich das «Projekt Schweiz» aus. Ein solches Konstrukt kann jedoch immer nur provisorisch sein und muss ständig neue Errungen werden. Das gilt auch für die Schweiz als Konföderation; Gegensätze und Widerspruch sind hier unvermeidlich, aber gleichzeitig auch prägend für unsere Mentalität. Denn solange Gegensätze und Widerspruch nicht in Zynismus und Arroganz abdriften, haben sie grosse Potenziale.

Christian Sumi, Architekt und Professor an der Accademia di Architettura Mendrisio

22 Zeigen sich in den Schweizer Abstimmungen neue Bruchlinien, die sich durch ganz Europa ziehen?

Was sich in ganz Europa zeigt, sind protektionistische Tendenzen, manchmal mit dem (grünen) Akzent auf dem Lokalen, manchmal mit (linken und rechten) nationalistischen Tönen. Etwas allgemeiner gesagt, sucht man Zuflucht in der Abgrenzung der eigenen, «guten» Gruppe von den «bösen» Anderen. Es ist die klassische autoritäre Reaktion auf Unsicherheit und Bedrohungen. In einer digital-medialen Welt lassen sich solche Abgrenzungstendenzen aber nicht so einfach mit der räumlichen Unterscheidung von Stadt und Land zusammenbringen. Zumal ja die Schweiz mit der flächendeckenden Agglomeration zum «Stadtland» geworden ist.

Thomas Held, Soziologe

23 Welches wird die grösste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren sein?

Das Schweizer Staatswesen mit seiner direkten Demokratie, dem Föderalismus und fein verästelten Milizwesen verlangt dem Einzelnen ein viel grösseres Engagement ab als parlamentarische Demokratien. Der Bürger – und nicht der Staat – soll möglichst viel selber entscheiden. Dieses Maximum an politischer Freiheit lässt sich nur aufrechterhalten, wenn die Bürger Verantwortung übernehmen. In den 2500 Gemeinden gibt es 15 000 Ämter zu besetzen; dazu kommen noch 25 000 Ämter in Schulpflege, Sozialbehörden und Kommissionen. Leider gibt es immer weniger Freiwillige, die Aufgaben in Staat und Gesellschaft zu übernehmen bereit sind. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Wo der Bürger abdankt, breitet sich der Bürokrat aus – und um ein Stück Freiheit ist es geschehen.

Paul Widmer, ehemaliger Botschafter und Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen

24 Was braucht die Schweiz für die Zukunft?

Im Moment gibt es im Land zwei grosse Lager: Die einen wollen die Schweiz unter eine Käseglocke stellen und sie als Heimatmuseum betreiben. Die andern verwechseln das Land mit

«Wenn die Zukunft eine Schweiz haben soll, dann muss die Schweiz wieder ein politisches Projekt werden.» *David Gugerli*



Lukas Bärfuss, Schriftsteller

«Wir sollten uns dagegen wehren, dass die Diskussion über umstrittene Aspekte des Völkerrechts zu einer von den Fakten abgelösten Debatte «für oder gegen» das Völkerrecht stilisiert wird.»

Oliver Diggelmann

einem Geschäftsmodell. Aus keinem der beiden Lager können zukunftstaugliche, politische Projekte entstehen. Wenn die Zukunft aber eine Schweiz haben soll, dann muss die Schweiz wieder ein politisches Projekt werden.

David Gugerli, Professor für Technikgeschichte an der ETH Zürich

25 Wie kann aus der Schweiz wieder ein politisches Projekt werden?

Aus der spannungsreichen Überlagerung von Problemen und Chancen. Von Problemen, die man eh anpacken muss, weil man sich sonst nicht mehr wohlfühlen würde. Und von Chancen, aus denen heraus man ein besseres Leben gestalten kann.

David Gugerli, Professor für Technikgeschichte an der ETH Zürich

26 Aus welchen Problemen und Chancen könnte sich ein politisches Projekt entwickeln?

Ich will nur eine Handvoll Beispiele nennen, bei denen sich aus den Problemen attraktive Chancen ergeben.

1. Globalisierung und Diversität

Die Globalisierung ist eine Tatsache. Die Schweiz könnte sie als politische, wirtschaftliche und kulturelle Chance begreifen, indem sie auf Diversität als Ressource setzt. Da hat die Schweiz ja viel zu bieten: Es leben und arbeiten Menschen hier, die Kroatisch, Portugiesisch, Russisch, Hindi, Chinesisch oder eine afrikanische Sprache sprechen und gleichzeitig Deutsch, Französisch oder Englisch können. Das ist eine Quelle des Reichtums im weitesten Sinne, denn Sprache ist nicht nur ein Verständigungsmittel, mit ihr variieren auch das Denken, die Analyseform, die Einschätzung und damit die Handlungsmöglichkeit.

2. Regulierungsüberschuss und Subsidiarität

Man soll die Verhältnisse dort regeln, wo man mit den Problemen konfrontiert wird und sie lösen kann, nicht dort, wo sie einen überfordern oder man sie nicht versteht. Da haben wir sicher einen Reformbedarf. Wir sind stolz darauf, dass alles von Kanton zu Kanton verschieden ist, und müssen einen grossen Aufwand betreiben, um diese Konkurrenz der Regeln in Grenzen zu halten. Wir könnten uns auch gute Regeln überlegen, die den Problemen angemessen sind.

3. Milizsystem und Professionalisierung

Die Schweiz verfügt auf allen Ebenen über eine hoch kompetente Verwaltung. Deren Personal ist den Politikern oft weit überlegen. Jetzt könnte man natürlich auch dümmere Beamte suchen, die das aushalten. Oder man könnte die Politik professionalisieren. Gewiss, damit stellt man das Milizsystem zur Disposition. Also wäre zu überlegen, wie sich Bürgernähe mit Sachkompetenz kombinieren lässt. Wahrscheinlich geht das nur, wenn man das sogenannte Volk nicht grundsätzlich für blöd hält und es mit Bauernfrühstück und Politemotionen, also mit Brot und Spielen, abspeist.

4. Erwartungsenttäuschung und Stabilität

Stabilität wurde früher als Markenzeichen der Schweiz gehandelt. Jetzt sind wir zwar nicht dynamisch geworden, nur sprunghaft, unberechenbar. Der Populismus hat sichere Werte zerstört, mit operativer Hektik an der Urne und geistiger Windstille im Konzept. Daumen rauf, Daumen runter, wie bei Facebook. Erwartungsstabilität ist ein Thema, das man behutsam angehen sollte.

5. Ressourcen und nachhaltige Prozesse

Nachhaltige Prozesse sind das Gegenteil von populistischer Politik. Nicht nachhaltig war zum Beispiel der Vorschlag, die Goldreserven der Nationalbank zu verkaufen, um damit die AHV zu finanzieren. Nachhaltig wirkt hingegen die Schuldenbremse, auch wenn sie manchmal ärgert. Für ein politisches Projekt Schweiz brauchen wir Prozesse, die mit ihrer eigenen Zukunft rechnen.

David Gugerli, Professor für Technikgeschichte an der ETH Zürich

27 Wo könnten neue Ideen entstehen?

Die SBB hatten in den 60er-Jahren einen «Spinnerclub» – der hiess tatsächlich so. Das waren Bahningenieure und Verkehrstechniker, die sich grundsätzlich über die Bahn der Zukunft unterhalten haben. Dabei haben sie Gedankenexperimente gemacht. Was wäre, wenn wir einen Taktfahrplan hätten? Den Taktfahrplan haben wir. Brauchen wir jetzt vielleicht einen Spinnerclub für die Schweiz?

David Gugerli, Professor für Technikgeschichte an der ETH Zürich

Fabienne Hoelzel,
Architektin

28 Kann die Schweiz als politisches Biotop Europas dienen?

Der Begriff Biotop ist alles andere als eindeutig. Biologen bezeichnen als «Biotop» natürlich entstandene Landschaftsbestandteile wie Bäche, Bergwälder, Flussauen oder Streuobstwiesen etc., aber auch vom Menschen erschaffene Landschaften wie z. B. «Betonwüsten». Das erste Definitionselement betont das natürlich Entstandene. Doch sowohl die Schweiz als auch die EU sind transnationale Willensgemeinschaften, also nicht natürlich gewachsen. Das zweite Element hebt das Einheitliche hervor. Doch Europa wie der Schweiz ist die Vielfalt bereits eigen.

Diese Vielfalt der Lebensgemeinschaft ist zwar auch dem umgangssprachlichen Verständnis des Biotops eigen. Doch das meint meist einen neu geschaffenen, eher kleinen Lebensraum für bedrohte Tier- oder Pflanzenarten. Beim «Biotop» in diesem Sinne geht es um eine «schützenswerte Lebensgemeinschaft», die künstlich und kompensatorisch angesiedelt wird, wenn der übrige Raum diesen Tieren und Pflanzen keinen Fortbestand mehr ermöglicht. Genau dies darf und kann die Schweiz um Europas willen aber nicht werden: ein Biotop für Demokratie und Freiheit in der europäischen Wüste.

Als Biotop kann die Schweiz also nicht dienen. Umso mehr aber als Inspirationsquelle. Diese Inspiration wäre aber dann überzeugender, wenn die Schweizerinnen und Schweizer ihre ganz besonderen Freiheitsrechte so nutzen würden, dass Europa sieht, dass es auf diese Art auch die europäischen Probleme, die letztlich auch die Schweiz betreffen, besser lösen könnte. Dafür müssten die Schweizer in die Lage versetzt werden, sich auch mit den Augen derjenigen zu sehen, die von ihren Entscheidungen betroffen, von ihrer Entscheidungsfindung aber ausgeschlossen sind.

Andreas Gross, Nationalrat ZH

29 Wann wird die Schweiz eine europäische, nicht nationale Diskussion führen?

Diese Diskussion führt sie seit langem. Ich wüsste, abgesehen von Luxemburg, kein anderes Land, in dem Europa dermassen präsent ist in den politischen Debatten wie in der Schweiz. Das Problem ist nicht die fehlende Diskussion, sondern dass einige mit den Resultaten der Diskussion Mühe haben.

Paul Widmer, Alt-Botschafter und Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen

30 Was wäre ein wünschenswertes Verhältnis der Schweizerinnen und Schweizer zum Völkerrecht?

Wir sollten das grosse Ganze im Blick haben. Man kann selbstverständlich für oder gegen einzelne völkerrechtliche Verträge und Organisationen sein. Man kann die EU kritisieren und finden, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte interpretiere sein Mandat weit oder zu weit. Sich aber generell «gegen das Völkerrecht» zu stellen führt zu einer abwegigen Diskussion. Die Existenz des Völkerrechts ist nicht nur eine Tatsache, sondern wir haben als einzelne Personen und als Staat ein eminentes sicherheitspolitisches, ökonomisches und zivilisatorisches Interesse an seiner Respektierung und

Autorität, bei allen Schwierigkeiten im Detail. Internationale Stabilität ist ohne Völkerrecht nicht zu haben. Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht nur an Krisen denken, in denen rasch ein «Versagen» des Völkerrechts diagnostiziert wird, wie in Syrien oder bei den Kämpfen im Gazastreifen. Wir sollten auch jene Konflikte nicht vergessen, zu denen es wegen der internationalen Rechtsordnung, insbesondere des Gewaltverbots, gar nicht kommt. Oder an jene Konflikte denken, in denen das Recht seinen Anteil daran hat, dass sich die Gewaltspirale nicht immer weiterdreht, etwa wegen der Regeln über den Umgang mit Kriegsgefangenen. Internationale Strafgerichte stellen eine Warnung an Gewaltherrscher dar, tragen zur Gewaltprävention bei. Ein weiteres Beispiel sind unsere Interessen an einer verlässlichen globalen Wirtschaftsordnung. Internationale Organisationen wie die WTO und wirtschaftliche Integrationsverträge wie jene mit der EU ermöglichen es der Schweiz, ökonomisch nicht nur ein Kleinstaat, sondern eine Mittelmacht zu sein. Wir sollten uns dagegen wehren, dass die Diskussion über umstrittene Aspekte des Völkerrechts zu einer von den Fakten abgelösten Debatte «für oder gegen» das Völkerrecht stilisiert wird.

Oliver Diggelmann, Professor für Völker- und Staatsrecht an der Universität Zürich

31 Wäre es erstrebenswert, dass die Schweiz international eine grössere Rolle spielen würde?

Prestigedenken ist ein schlechter Ratgeber in der Aussenpolitik. Die Schweiz muss erstens ihre Interessen vertreten und zweitens insgesamt eine glaubwürdige Aussenpolitik führen. Glaubwürdig ist die Aussenpolitik, wenn sie sich an ihre Grundsätze hält und dadurch berechenbar ist. Wird die Schweiz mit internationalen Mandaten betraut, so sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie diese wahrnimmt; ist dies nicht der Fall, sollte sie sich nicht aktivistisch in den Vordergrund drängen. Der grösste Dienst am Frieden besteht darin, dass man einen Dienst leistet, wenn man darum gefragt wird, und ihn unterlässt, wenn man nicht gefragt wird.

Paul Widmer, Alt-Botschafter und Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen

Ihre Spende macht Marlènes Leben leichter.



Cerebral
Helfen verbindet

Schweizerische Stiftung für das cerebral gelähmte Kind
www.cerebral.ch

Spendenkonto: 80-48-4



Die Schweizer Bildungsinstitution.
Effizient. Sicher. Individuell.



www.akad.ch

Besser richtig lernen.

Rechnungswesen Fachhochschulen Gymnasiale Maturität
Allgemeinbildungskader Leadership Management Treuhand
Kommunikation Banken Versicherungen Verkauf Marketing
Informatik Organisation Zugang zu Hochschulen Handelsschule
und KV Höhere Fachschulen Berufliche Weiterbildung
Berufsmaturität HR Management Passerelle

Laufend Infoanlässe.

SEHEN SIE'S SPORTLICH?

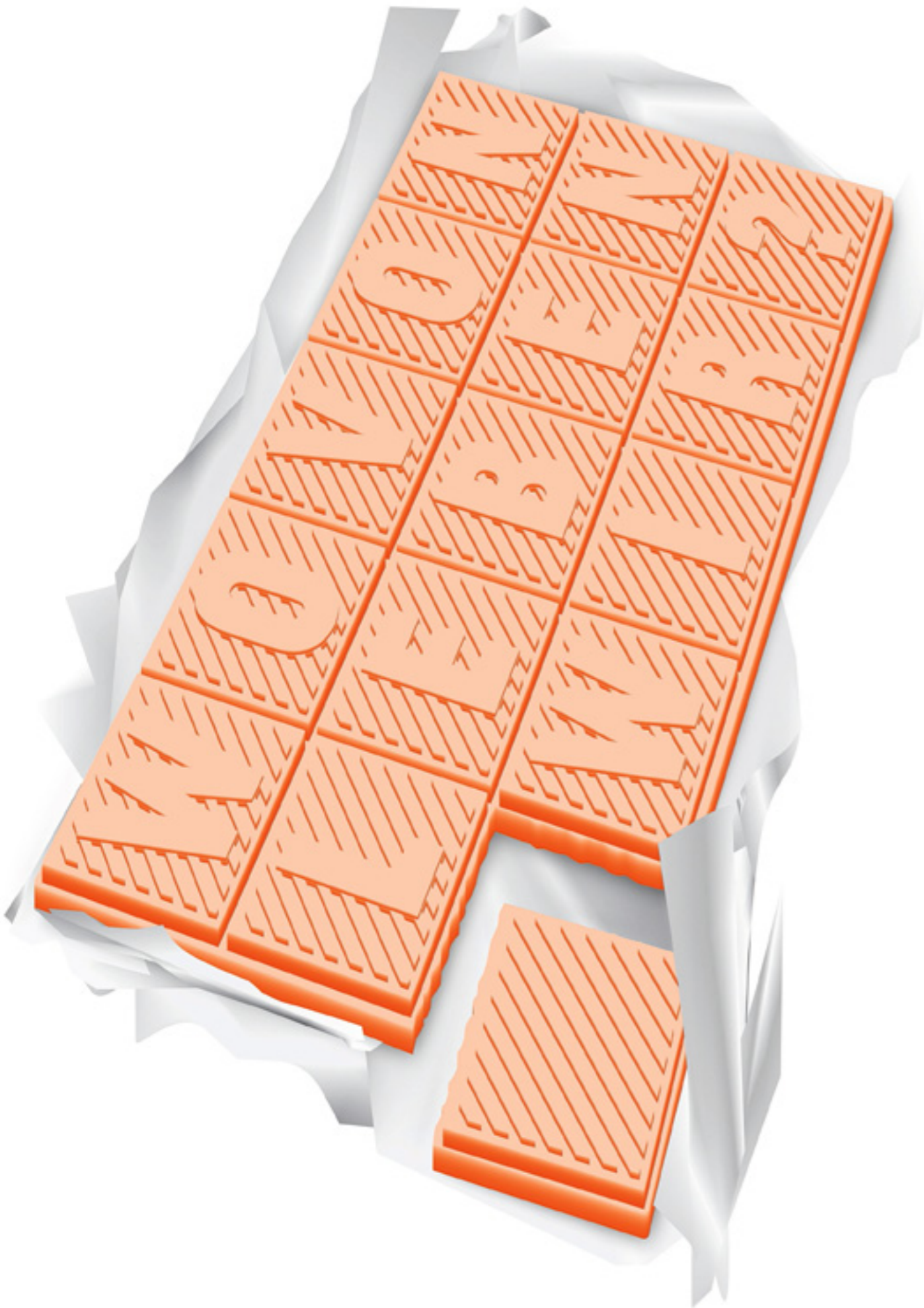
Andreas Stöckli hat ein grosses Faible für Sport – kein Wunder also, dass der diplomierte Augenoptiker ein leidenschaftlicher Spezialist für Sportoptik geworden ist. Wenn er seine Kunden berät, dann darf dabei ein wenig Fachsimpelei über Mountainbiking, Segeln oder Joggen natürlich nicht fehlen. «Meine Arbeit ist wirklich sehr interessant, abwechslungsreich und vielseitig.»

Vom Sehen bis zum Aussehen – bei Kochoptik werden Sie immer von Spezialisten bedient. Andreas Stöckli ist einer von ihnen. Wenn Sie also eine ausgezeichnete Sportoptikberatung wünschen, vom UV-Schutz bis zum perfekten Look, dann sind Sie bei uns genau richtig.

KOCH
OPTIK
MEINE SEHLÖSUNG

www.kochoptik.ch
Gratisnummer 0800 33 33 10

«Die Schweiz wird auch in Zukunft eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sein.» *David Gugerli*



32 Was werden die Stärken der Schweiz in der Zukunft sein, falls der Bankenplatz schrumpft?

Wenn sich der Bankenplatz auf seriöse Finanzdienstleistungen konzentriert, braucht er nicht zu schrumpfen und wird wieder konkurrenzfähig. Zudem gibt es in der Schweiz eine Industrie mit vielen Firmen, die dank hoher Spezialisierung und solider Qualitätssicherung Weltmarktführer sind. Vor allem aber haben wir ein starkes, duales Bildungssystem und betreiben einen leistungsfähigen Forschungsplatz. Zehn Universitäten in diesem kleinen Land, die Hälfte davon sogar in der Weltspitzenklasse! Die Schweiz wird auch in Zukunft eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sein.

David Gugerli, Professor für Technikgeschichte an der ETH Zürich

33 Ist die Schweiz ökonomisch ungleich? Wie wirkt sich das gegebenenfalls auf das Wirtschaftswachstum in der Zukunft aus?

Zuerst stellt sich die Frage: Was ist mit ökonomischer Ungleichheit gemeint? Ist es die Ungleichheit bei den Einkommen oder jene bei den Vermögen? Der jüngste Verteilungsbericht des Bundesrats (August 2014) gibt zu beiden Konzepten umfassende statistische Antworten. Bei den Einkommen ist im Zeitraum zwischen 1998 und 2011 keine Zunahme der ökonomischen Ungleichheiten in der Schweiz festzustellen, zumindest wenn man den Einkommensanteil der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung mit jenem der ärmsten 20 Prozent vergleicht. Ein internationaler Vergleich zählt die Schweiz zudem zu den «ausgeglicheneren» Ländern. Und auch der vom faschistischen Theoretiker Corrado Gini entwickelte Gini-Koeffizient blieb in den letzten Jahren mehr oder minder stabil zwischen 0,26 bis 0,30 Punkten (beim verfügbaren Einkommen). Der Gini-Koeffizient gilt als wichtigster Indikator für die ökonomische Verteilung und besagt, wie auf einer Skala von 0 bis 1 eine Vermögensgrösse unter den Einwohnern eines Landes verteilt ist. 0 bedeutet: Alle haben einen gleichen Anteil des Einkommens. 1 bedeutet: Einer verfügt über das gesamte Einkommen. Wie so oft bei der reinen Datenbetrachtung hat aber auch die «härteste» ökonomische Analyse immer eine literarische

Komponente, ein Narrativ, was man erzählen möchte, unter welchen Annahmen und mit welchem Fokus. Das fängt an bei der Datenbasis des Berichts, die Lücken aufweist. Bei den Einkommen greifen die Autoren auf eine Stichprobe zurück, die im laufenden Monat auf 250 Haushalten beruht, welche nach einem Zufallsverfahren aus dem Register der privaten Telefonanschlüsse der Schweiz ausgewählt wurden. «Die Teilnahme ist nicht obligatorisch.» Sehr reiche, aber auch sehr arme Haushalte dürften sich – sei es aus Diskretion oder Scham – der Teilnahme häufiger entziehen.

Wendet man sich den Vermögen zu, wird die Schweiz sofort ungleicher. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,85 ist die Ungleichheit nicht nur hoch, sie hat in den letzten Jahren auch zugenommen (auch wenn hier wieder Erhebungsprobleme ein unvollständiges Bild ergeben: Bei den Vermögensstatistiken fehlen beispielsweise Ansprüche aus der zweiten und dritten Säule). Diese Entwicklung bestätigt gewissermassen die These, die Thomas Piketty in seinem Weltbestseller «Capital in the Twenty-First Century» aufstellt. Sie lautet: Akkumulierter Reichtum wächst schneller als die Löhne. Die gemäss «Verteilungsbericht» höhere Sparquote bei Personen mit höherem Einkommen, die bis zu einem Fünftel ihres Bruttoeinkommens sparen können, wird sich mit grosser Wahrscheinlichkeit in höheren Vermögen niederschlagen. Zudem haben vom Aktienboom der vergangenen zwei Jahre jene profitiert, die genügend ungebundenes Kapital haben, um überhaupt zu investieren. Das Prinzip aus dem Matthäus-Evangelium – «Denn wer hat, dem wird gegeben, und er wird im Überfluss haben» – gilt auch hier. Auch die Immobilienbesitzer dürfen sich über die (regional) grossen Preissteigerungen der letzten Jahre freuen. Da gemäss Piketty die Renditen dieser Investitionsobjekte üblicherweise rascher steigen als das generelle Wirtschaftswachstum, dürften die Ungleichheiten bei den Vermögenswerten in Zukunft weiter steigen. Es gibt also auch im «antifeudalen» Projekt Schweiz (Gerhard Schwarz und R. James Breiding in ihrem Buch «Wirtschaftswunder Schweiz») Tendenzen zu einer «(Re-)Feudalisierung» der Gesellschaft. So weit, so ungleich. Allerdings haben reiche Personen schon immer mehr investieren können, und die Erträge an den Aktienmärkten waren schon immer attraktiv. Weshalb ist die Einkommensverteilung nicht explodiert im letz-

ten Jahrhundert? Und wieso sind die Leute nicht auf die Barrikaden gegangen? Oder war der 9. Februar so etwas wie der Aufschrei der zu kurz Gekommenen? Oder ist das Ganze letztlich vielleicht ein Ausdruck von Sozialneid? Es kann durchaus irritieren, dass ein Topmanager 20 Millionen im Jahr verdient oder ein Familienclan Milliarden besitzt. Wichtiger als die starre Verteilung ist jedoch etwas anderes: die Mobilität in einer Gesellschaft. Das heisst die Frage, ob es immer dieselben sind, die bei der Wohlstandsverteilung ganz unten stehen, oder wechseln sie auch mal die Plätze? Gemäss «Verteilungsbericht» existiert diese Mobilität. Das ist vermutlich der Hauptgrund, weshalb eine Gesellschaft wie die Schweiz Ungleichheit aushalten kann. Aus ökonomischer Sicht interessiert natürlich, wie sich Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Der Zusammenhang ist überraschend uneindeutig. So wachsen die sehr ungleichen Länder USA und China einiges schneller als die «ausgeglichenen» europäischen Staaten. Doch davon lässt sich wiederum nicht ableiten, dass Ungleichheit dem Wachstum nicht schadet. Die Beziehung ist multidimensional und komplex. Zudem hat die Ungleichheit, weltweit gesehen, abgenommen. Unter anderem dank des Aufstiegs von Millionen Chinesen und Indern in die Mittelklasse, gleichzeitig hat aber innerhalb von Ländern die Ungleichheit zugenommen. Es ist offensichtlich nicht ganz einfach, sich ein klares Bild zu machen.

*David Iselin, Wirtschaftsforscher an der KOF
Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich*

34 Müssen wir den Kapitalismus, wie er heute in der Schweiz gelebt wird, revidieren?

Als Antwort auf die teilweise bewiesene, teilweise vermutete Ungleichheit erscheint die Forderung nach einem sogenannten inklusiven Kapitalismus sinnvoll, wie ihn Daron Acemoglu und James Robinson in ihrem Buch «Why Nations Fail» beschreiben, weil er die angesprochene soziale Mobilität ermöglicht. Fähigkeiten und Ideen sind breit über die Gesellschaft gestreut. Ein Staat, der grosse Teile der Bevölkerung benachteiligt, wird deshalb kaum das vorhandene Innovations-

potenzial nutzen und vom wirtschaftlichen Wandel profitieren. Der inklusive Kapitalismus bietet geeignete Anreize und Gelegenheiten, dazu gesicherte Eigentums- und Vertragsrechte, eine funktionierende Justiz sowie einen freien Wettbewerb. Ziel ist es, dass sich möglichst viele produktiv ins Wirtschaftsleben einbringen können – wenn sie möchten. Zu diesen Institutionen gehören in der Schweiz u.a. die Berufslehre, Fachhochschulen, Universitäten und der Zugang zu diesen. Dazu gehören auch Integrationsmassnahmen für in die Schweiz ziehende Menschen. Sie bedeuten eine gewisse Offenheit, auch gegenüber ökonomischer Ungleichheit. Sie bedeuten die Akzeptanz von Andersartigkeit.

*David Iselin, Wirtschaftsforscher an der KOF
Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich*

35 Müssen die Schweizer sich auf tiefere Löhne einstellen? Können sie sich im Gegenzug über tiefere Preise freuen?

Die höheren Schweizer Löhne sind nicht geschenkt, sondern verdient. Durch gute Arbeit. Alle Länder mit hoher Produktivität haben höhere Löhne, nicht nur die Schweiz. Wichtig ist, dass dieses Lohnniveau abgesichert wird. Durch gute Ausbildungsmöglichkeiten und Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen. Die höheren Preise sind vor allem eine Folge von politischen Regulierungen (Agrarschutz usw.) sowie von einem wenig ausgebauten gemeinnützigen Wohnungsbau. Die Schweizer Politik kann das ändern – nur wollte sie das bisher nicht.

*Daniel Lampart, Chefökonom des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes*

36 Wie muss das Arbeitsrecht gestaltet werden, falls die Personenfreizügigkeit aufgekündigt wird?

Die Bilateralen Verträge müssen erhalten bleiben. Ohne sie droht der Schweiz wirtschaftlich und politisch ein herber Rückschlag. Deshalb wäre eine Kündigung der Personenfreizügigkeit falsch. Das alte Kontingentsystem war schlecht für die

«Die Bilateralen Verträge müssen erhalten bleiben. Ohne sie droht der Schweiz wirtschaftlich und politisch ein herber Rückschlag. Deshalb wäre eine Kündigung der Personenfreizügigkeit falsch.»

Daniel Lampart

Arbeitnehmenden in der Schweiz. Die Arbeitgeber haben die Kontingente erhalten, die sie verlangten. Wenn es einmal nicht reichte, stellten sie ausländisches Personal schwarz ein – oft zu schlechten Arbeitsbedingungen. Dadurch kamen auch die Löhne der Einheimischen unter Druck. Eine Kündigung der Bilateralen Verträge und eine Rückkehr zum alten System hätten deshalb klar negative Auswirkungen für die Arbeitnehmenden in der Schweiz. Der bilaterale Weg ist der Zukunftsweg – ergänzt mit einem besseren Schutz der Schweizer Löhne und Arbeitsplätze.

*Daniel Lampart, Chefökonom des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes*

37 Wäre es für die Gewerkschaften nicht wünschenswert, wenn die Annäherung an die EU gestoppt und sichergestellt wird, dass sich der Europäische Gerichtshof nicht in Schweizer Arbeitsrecht einmischen kann?

Die Schweiz ist auf gute und geregelte Beziehungen mit der EU angewiesen. Doch davon muss die ganze Bevölkerung etwas haben. In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Arbeitskräfte müssen zu Schweizer Arbeitsbedingungen angestellt werden. Der Europäische Gerichtshof hat dazu nichts zu sagen. Der Bundesrat hat sich deutlich für diese Verhandlungsposition ausgesprochen. Das ist auch im Interesse der Arbeitskräfte aus der EU, die in der Schweiz arbeiten. Auch sie wollen einen Schweizer Lohn. Die Forderungen, dass sich der Europäische Gerichtshof in den Arbeitnehmerschutz einmischen können soll, sind vor allem juristisch und ideologisch – und weit weg von den Bedürfnissen der Menschen. Die Arbeitnehmenden wollen gute Arbeitsbedingungen, egal, aus welchem Land sie kommen. Deshalb muss der Bund bei den Verhandlungen mit der EU in dieser Frage hart bleiben.

*Daniel Lampart, Chefökonom des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes*

38 Müssen wir mehr BIP-Prozente in die Entwicklungshilfe stecken?

Die Schweiz leistet gemäss OECD-Zahlen öffentliche Entwicklungshilfe in der Höhe von knapp 0,5 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens pro Jahr. Sie erreicht damit die von der UNO geforderten 0,7 Prozent nicht. Muss sie mehr tun? Entwicklungshilfeskeptiker würden dem entgegenhalten, dass ökonomische Studien beweisen, dass Output (mehr Wohlstand in den Zielländern) und Input (Milliarden von Schweizer Franken) nicht korrespondieren. Wohlstand lässt sich nicht technokratisch von aussen konstruieren. Sollen wir also weniger Entwicklungshilfe leisten? Oder eher solidarischen Pragmatismus an den Tag legen? Das würde heissen, die Entwicklungshilfe von Projekt zu Projekt zu beurteilen, inkrementelle Verbesserungen der Lebenssituation der zu unterstützenden Menschen als Erfolg zu deuten und zu fragen, ob staatliche Organe immer die optimalen Partner sind oder ob sich vertrauenswürdiger Privatinitiativen finden lassen. Wenn die ökonomisch privilegierte Schweiz auf diesem Weg die Lebenssituation weniger Privilegierter verbessern kann, so soll sie sich die hierfür notwendigen zusätzlichen BIP-Pro-

mille leisten. Möglich, dass damit auch eine von vielen Schweizern geschätzte Dividende einzufahren ist: ökonomische Stabilität.

*David Iselin, Wirtschaftsforscher an der KOF
Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich*

39 Welche wirtschaftspolitische Massnahme ist für die Schweiz im Hinblick auf die Umwelt am dringendsten?

Die dringendste politische Intervention im Hinblick auf das Klimathema wäre, dass Kohlenstoff einen Preis bekommt. Alles, was mit dem Verbrennen fossiler Energien zu tun hat, muss sehr viel teurer werden. Die gegenwärtigen Preise haben das Problem, dass sie die externen Kosten, welche die CO₂-Emissionen verursachen, nicht mitenthalten. Man braucht also eine Massnahme, welche die externen Kosten in die Preise hineinrechnet. Eine Steuer auf fossile Energieträger zu erheben ist da eine sinnvolle Massnahme. So würden in der Schweiz das Benzin und auch der Strom teurer werden. Mit diesem Preiseffekt wäre schon viel gewonnen. Auch wenn in der Schweiz viel Strom durch Wasserkraft und teilweise mit Atomkraft produziert wird, beziehen wir ja im Rahmen internationaler Netze auch Strom, der keineswegs fossilfrei ist.

*Renate Schubert, Leiterin des Instituts für
Umweltentscheidungen der ETH Zürich*

40 Kann die Schweiz wettbewerbsfähig bleiben, wenn eine CO₂-Abgabe eingeführt wird?

Das ist sicher ein Problem, aber es gibt schon einen gewissen Spielraum. Man könnte etwa eine Ausgleichsabgabe für ausländische Firmen einführen, die ihre Produkte in der Schweiz verkaufen wollen, also eine Art Einfuhrsteuer. Dies könnte zwar zu Schwierigkeiten mit dem Freihandelsabkommen führen. Aber man sollte jetzt dennoch ein Stück in diese Richtung gehen. Andernfalls bleibt eine Reduktion der Energienachfrage eine Illusion.

*Renate Schubert, Leiterin des Instituts für
Umweltentscheidungen der ETH Zürich*

41 Die Schweiz ist so ein kleines Land. Spielt es überhaupt eine Rolle, ob hier der CO₂-Ausstoss sinkt?

Die Schweiz ist ein relativ reiches Land und sollte deshalb Vorbild sein für andere Länder. Zudem hätte man hier die Ressourcen, um umweltschonende Technologien, neue Produktionswege und treibhausgasfreie Güter zu entwickeln. Das würde in wirtschaftlicher Hinsicht enorme Chancen bieten. Ausserdem haben wir, angesichts unseres hohen technologischen Potenzials, eine gewisse Verpflichtung, derartige Neuerungen verfügbar zu machen.

*Renate Schubert, Leiterin des Instituts für
Umweltentscheidungen der ETH Zürich*



Hazel Brugger, Slam poetin



Paul Widmer, Alt-Botschafter, Dozent Universität St. Gallen

«Die exakte räumliche Trennung von Wohnen, Arbeiten, Erholen, Versorgen in klar abgegrenzte Zeit- und Stadtzonen dürfte sich auflösen.» Philippe Cabane



42 Wie stellen Sie sich das Zusammenleben in der Schweiz in hundert Jahren vor?

Rumantsch Grischun steht ausgestopft und ausgestorben im Regal zwischen den Bibern und den Luchsen, und übers ganze Land verteilt wachsen die ausgefranzten Grossstadtmetanome langsam pochend zum nässenden Geschwür heran. Das karge Landleben erstickt seine Kriegspanik im Bau von denkmalgeschützten Bunkern unter jeder Kreisverkehrsinsel, während die neutralen Städter an Individualität und Ordnung zweifeln. Tagsüber träumt man von Frühpensionierung, Alpenluft und nachts von einer eiterfreien Schweiz am Meer.

Der Mann kämpft für die Theorie des Vaterlands, gegen das schütterere Ausland und den evolutionären Haarverlust – und die Frau gibt immer weiter ihr Bestes, die hart erkämpften Rechte nicht wieder zu verlieren, die blossen Brustwarzen ausgestreckt und funkbereit wie schnuppernde Igelnasen.

Jurasalz gräbt sich landesweit durch die Rösti und das Sojaschnitzel, man schabt am Boden der Pfanne, das Teflon der Zukunft ist kratzfest und eine Schweizer Erfindung. Die deutschsprachigen Bundesräte können kein Französisch mehr, man unterhält sich durch Piktogramme über die Direktheit der Demokratie, wer blind ist, zieht den Kürzeren. Roger Federer ist seit fünfzig Jahren tot, eine Ära der Idoldiktatur unter unспортlichem Nachwuchs begraben. Tells Apfel gärt und vermodert, und das weiss man auch, aber die helvetische Hoffnung bleibt, denn die Zukunft stirbt zum Glück zuletzt.

Hazel Brugger, Slamapoetin

43 Sollten wir mehr darüber nachdenken, wie wir langfristig leben wollen?

Ja. Aber das betrifft natürlich nicht nur die Schweiz. Alle Industrieländer haben Mühe, die Zukunft zu planen. Die Zukunft wird ebenso wie die Vergangenheit verdrängt. Der

Zeithorizont ist geschrumpft, namentlich in der Politik. Dies mag ein Grund dafür sein, warum man von Architekten so viel erwartet. Architektur hat noch immer einen vergleichsweise weiten Zeithorizont. Allerdings dominiert in der Schweizer Architekturdiskussion nach wie vor die Idee des moderaten Wachstums. Wir haben keine Vorstellung davon, was es heissen könnte, rapide zu wachsen. Ebenso wenig können wir uns ausmalen, was anderswo in Europa längst geschieht, nämlich dass Städte schrumpfen und Dörfer sich auflösen. Was, wenn die Zinsen plötzlich steigen und die «Einfamilienweiden» (Alexander Mitscherlich) veröden? Wir haben kein Bild für eine Immobilienkrise.

Philip Ursprung, Professor für Kunst- und Architekturgeschichte an der ETH Zürich

44 Welche Rolle sollen Architekten in der Schweiz haben?

Die Architekten begnügen sich zu sehr damit, Aufträge zu erfüllen. Sie verkennen, dass die Architektur zu viel mehr fähig ist, als Probleme zu lösen, nämlich Vorschläge zu entwickeln, wie das Leben aussehen könnte. Sie haben den Bereich der Visionen und Utopien verlassen. Aber gerade in diesem Bereich – das beweist die Architektur zur Zeit der Französischen Revolution, in der Zwischenkriegszeit und in den 1970er-Jahren – werden Bilder und Worte entworfen, welche die Welt verändern. Architekten sollten nicht bloss ihren Bauherren dienen, sondern deren Vorstellungen erweitern, nicht bloss auf die Ansprüche der Öffentlichkeit reagieren, sondern deren Fantasie prägen. Sie sollten nicht nur das Machbare im Auge haben – das machen die Politiker –, sondern Raum bieten für das Unvorstellbare.

Philip Ursprung, Professor für Kunst- und Architekturgeschichte an der ETH Zürich

EIN GESPRÄCH MIT FABIENNE HOELZEL

Architekten sind Egomane. Sie wollen gross bauen, viel bauen, und vor allem wollen sie unverkennbar bauen. Im besten Fall entsteht aus diesem Drang Spitzenarchitektur, wie sie zum Beispiel die Büros Herzog & de Meuron, Rem Koolhaas oder Renzo Piano immer wieder in die Welt setzen. Es gab aber immer auch eine andere Auffassung vom Architektsein. Bei dieser steht nicht das einzelne Gebäude im Mittelpunkt, sondern es geht um all die Millionen Menschen weltweit, die niemals auch nur einen Fuss in einen dieser Prestigebauten setzen können. Fabienne Hoelzel sieht ein bisschen aus wie die Rocksängerin Patti Smith, und wenn man sie reden hört, kann man sich vorstellen, wie sie einen Investor von einem 600 Meter hohen Turm mit einer Fassade aus Schlangenleder überzeugen könnte. Aber genau das interessiert sie nicht. Die Aargauerin hat an der ETH Zürich Architektur studiert, danach eine Weile für Herzog & de Meuron in Basel gearbeitet, bevor sie drei Jahre lang für eine Forschungsstelle der ETH bei der Wohnungsbaubehörde von São Paulo arbeitete. Hier dachte sie sich aus, wie man die Lebensbedingungen in den Favelas der Stadt verbessern könnte. Zurück aus Brasilien richtete sich ihr Interesse auf Lagos. Die nigerianische Hafenstadt ist eine der am schnellsten wachsenden Städte der Welt. Über 85000 Menschen leben allein im wohl berühmtesten Slum, Makoko, einer Pfahlbauersiedlung am westlichen Rand der Lagune von Lagos. Auf Einladung der Stadtverwaltung arbeitet Hoelzel dort seit Monaten an einem Slum-Upgrading-Projekt. Zwischendurch ist sie in der Schweiz. Dann redet man am besten mit ihr über die Schweiz. Und was man hierzulande alles lernen könnte, von einer brasilianischen Favela zum Beispiel.

45 Müssen wir anders planen?

Ja. Ungefähr seit dem Jahr 2000 ist ein Anstieg neuer raumplanerischer Instrumente zu beobachten, vor allem im strategischen, verwaltungsinternen Bereich. Neue Planungsinstanzen wurden geschaffen, etwa die Metropolitankonferenz, der zahlreiche Kantone und Gemeinden angehören. Sie setzt sich für eine gemeinsam koordinierte Entwicklung in Wirt-

schaft, Gesellschaft und Raumplanung ein; das ist ja eigentlich gut. Diese Zunahme und Überlagerung führt zu einem «Instrumentenschwung». Gleichzeitig wächst dadurch die Kultur des Expertentums. Das führt zu einer Raumplanung auf dem Rechtsweg. Stattdessen bräuchte es Aushandlungsprozesse mit der Bevölkerung – aber genau für diese scheinen sich die Architekten immer weniger zu interessieren. Unterdessen haben die gewichtigen Akteure, zum Beispiel die Grundeigentümer, schon lange ihre eigenen Projekte zeichnen lassen und denken nicht daran, sich einem Leitbild der Gemeinde unterzuordnen. Oder die Bevölkerung legt trotz jahrelangen und teuren Planungen ein Nein in die Urne. Was bleibt, ist ein Scherbenhaufen oder eine Aneinanderreihung von Einzelprojekten. Darum, glaube ich, müsste man einen Schritt zurückgehen, hinausgehen, mit den Leuten reden, Netzwerke aufbauen, Interessen einbringen, reden, zusammensitzen, die Leute – damit meine ich alle, nicht «nur» die Bevölkerung, sondern jegliche Art von Vereinen, Gruppierungen, Interessengemeinschaften – an einen Tisch bringen und sich gemeinsam Gedanken machen, wie wir zusammenleben wollen.

46 Was heisst das: «hinausgehen, Netzwerke bilden»?

Solche Verfahren habe ich in São Paulo erlebt, gelernt und mitgestaltet. Ich glaube, es kann auch in der Schweiz funktionieren: In den Favelas ist man als Städtebauerin in einer Extremsituation, alles ist bebaut, jeder Quadratzentimeter besetzt. Die Menschen haben ihre Häuser selbst gebaut, es gibt kaum öffentliche Räume – nur was nötig ist für die Zirkulation von Menschen und Waren. In Favelas ist Wohnen Arbeit. In São Paulo müssen städtebauliche Interventionen laut Gesetz zwingend mit der Bevölkerung gemeinsam erarbeitet werden.

47 Was heisst: «mit der Bevölkerung arbeiten»? Sitzt man wirklich zusammen und arbeitet?

Ja, im wörtlichen Sinne. Man trifft sich – mangels grosser, öffentlicher und ruhiger Räume – meist in der Kirche, mit den Menschen, die im jeweiligen Transformationsgebiet wohnen. Natürlich entstehen auch gewisse Repräsentationsmodi, das heisst: Die Bevölkerung wählt ihre Repräsentanten, und es gibt entsprechend grössere und kleinere Versammlungen –

«Roger Federer ist seit fünfzig Jahren tot, eine Ära der Idoldiktatur unter unsportlichem Nachwuchs begraben. Tells Apfel gärt und vermodert, und das weiss man auch, aber die helvetische Hoffnung bleibt, denn die Zukunft stirbt zum Glück zuletzt.» Hazel Brugger



LICHT, MIT DEM SIE STRAHLEN



DS 3 SO IRRÉSISTIBLE

MIT NEUER LICHTSIGNATUR XENON FULL LED*

- > 17"-Alufelgen diamantgeschliffen > Dekor «Paris» > Automatischer Notbremsassistent
- > Zweifarbiges Dach Moon dust > Hi-Fi-Anlage > Klimaanlage und Einparkhilfe hinten

Premium Leasing Fr. **179.-** / Monat mit 5 Jahren GarantieDS 3 ab Fr. **14'690.-** verfügbar

CRÉATIVE TECHNOLOGIE



Die Angebote gelten für alle zwischen dem 1. September und dem 31. Oktober 2014 verkauften Fahrzeuge. Angebote gültig für Privatkunden; nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Empfohlene Verkaufspreise. Citroën behält sich das Recht vor, die technischen Daten, die Ausstattungen und die Preise ohne Vorankündigung zu ändern. DS 3 1.2 PureTech 82 Manuell So Irrésistible, Verkaufspreis Fr. 25'850.-, Cash-Prämie Fr. 4'200.-, Fr. 21'650.-; Verbrauch gesamt 4,5 l/100 km; CO₂-Emission 104 g/km; Treibstoffverbrauchs-kategorie B. Premium Leasingzins 2,9 %, 60 Monatsraten zu Fr. 179.-, 10'000 km/Jahr, Restwert Fr. 6'763.10, 30 % Anzahlung, Effektiver Jahreszins 2,99 %. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss des Garantieverlängerungsvertrags EssentialDrive (2 Jahre Werksgarantie, 3 Jahre EssentialDrive-Garantie). Unter Vorbehalt der Genehmigung durch Citroën Finance, Division der PSA Finance Suisse SA, Schlieren. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Vollkaskoversicherung obligatorisch. Abgebildetes Modell mit Option: graue Aussenspiegelgehäuse Fr. 80.-. DS 3 1.2 VTi 82 Manuell Chic, Verkaufspreis Fr. 18'390.-, Cash-Prämie Fr. 3'700.-, Fr. 14'690.-; gesamt 4,5 l/100 km; CO₂ 104 g/km; Kategorie B. CO₂-Durchschnitt aller angebotenen Fahrzeugmodelle 148 g/km. *je nach Ausstattungs-niveau serienmässig, als Option oder nicht erhältlich.

«Ich bin überzeugt, dass unsere Ja/Nein-Demokratie je länger, je mehr an ihre Grenzen stösst. Eine Abstimmung müsste nur noch die Legitimierung am Ende eines Netzwerkprozesses sein, die eigentliche Partizipation viel früher beginnen und viel offener sein.» Fabienne Hoelzel

abhängig vom Fokus. Manchmal arbeitet man zusammen an einem Projekt, manchmal präsentiert man einen Ansatz, den man seit der letzten Versammlung erarbeitet hat etc. Mal ist es formeller, mal informeller. Wichtig ist die Kontinuität. Netzwerke muss man ständig knüpfen und unterhalten. In Paraisópolis, der Favela in São Paulo, einem der Schwerpunkttransformationsgebiete der Stadt, sind es ungefähr hundert Sitzungen pro Jahr. Das kann mühsam sein, aber es ist auch der einzige Weg, weil sonst nichts entsteht. Als Städtebauerin oder Architekt tritt man ebenfalls als gleichberechtigter Akteur auf, nicht etwa als Moderatorin einer Diskussion.

48 Alle zusammen sitzen am Tisch und planen?

Das kann doch nicht gut gehen. Braucht es nicht einen übergeordneten Plan?

Das Problem an jedem Masterplan ist, dass er von oben herab verordnet und im Büro erarbeitet worden ist. Die Architekten sagen: So muss es sein. Rein fachlich ist das meistens gut, aber die Ideen sind eben reine Theorie. Das funktioniert in der heutigen Gesellschaft meiner Meinung nach nicht mehr. Die Gesellschaft ist multipolar, das Zusammensein und -leben hat viele Facetten, die sich ständig ändern.

49 Was ist die Alternative?

Dass man eben einen Netzwerkprozess initiiert. Ich war beispielsweise zu Besuch in Bassersdorf an einer Veranstaltung im voll besetzten Kirchgemeindehaus. Der Regierungsrat, der Kantonsplaner, der Präsident der Regionalplanungsgruppe – eine wichtige Planungsinstanz übrigens – und die Gemeindepräsidentin haben den kantonalen Richtplan und das Raumkonzept präsentiert. Eine gute Absicht, aber viel zu konfrontativ. Vorn auf einer Leinwand wurde der eben verabschiedete Richtplan präsentiert, Begriffe wie «innere Verdichtung» etc. fielen. Aus fachlicher Perspektive alles korrekt. Zum Schluss kamen die Voten der Bevölkerung: «Ich wohne seit 40 Jahren in Bassersdorf, das soll nicht Hongkong werden. Es ist ein Dorf, und es soll ein Dorf bleiben.» In einem Netzwerkprozess hätte man viel früher mit den Leuten das Gespräch gesucht. Ich glaube – und das ist das Gegenteil von einem Masterplan –, dass man lang zusammen reden muss und dann erst zeichnen soll. Sonst werden unsere Pläne ewig Pläne bleiben. Wenn

solche Prozesse in Paraisópolis mit 60 000, 70 000 Einwohnern funktionieren, geht das auch im Glattal.

50 Man könnte einwenden, dass die Leute dort nicht an die demokratischen Traditionen der Schweiz gewöhnt sind. Sind die Voraussetzungen hier nicht völlig anders?

Brasilien ist eine junge, aber stabile Demokratie, doch eigentlich spielt das keine Rolle. Unser Problem ist eher, dass alles überreguliert ist. In Brasilien und in Nigeria ist alles viel offener. Es gibt weniger fixierte Prozesse. Das hängt mit der schieren Grösse zusammen, in Nigeria aber natürlich auch mit «poor governance», wobei das noch höflich ausgedrückt ist. Eigentlich gibt es gar keine «governance». Das gibt einem zwar mehr Raum, aber es zwingt einen als Städtebauerin oder Architekt auch, in diese Räume zu gehen und Netzwerke zu knüpfen. In der Schweiz sehe ich das Gegenteil: mehr Gesetze, mehr Regulierung. Wir schnüren uns selbst zu und meinen, es sei demokratisch, was es natürlich auch ist, weil das Volk darüber abgestimmt hat und wir über korrekt funktionierende politische Instanzen verfügen.

51 Sind Menschen grundsätzlich offener für Veränderungen, wenn es ihnen nicht gut geht? In der Schweiz misstraut man der Raumplanung, weil jeder Angst hat, etwas zu verlieren.

Das ist in Brasilien auch so. Wie in der Schweiz ist jeder Quadratmeter umkämpft. Darum braucht es Netzwerkprozesse. Wir müssten von Anfang zusammen überlegen, wie wir uns weiterentwickeln wollen. Und nicht erst bei einem Problem Überzeugungsarbeit leisten und dann darüber abstimmen. Ich glaube, wir müssen diesen Schritt machen, sonst werden wir uns gegenseitig immer mehr blockieren – mit Initiativen, die erst angenommen, dann für nicht umsetzbar erklärt werden, dann folgt die Durchsetzungsinitiative usw. Das frustriert die Bürger, weil sie sich nicht ernst genommen fühlen. In der Folge vergrössert sich der Graben zwischen Politik, Verwaltung und der Bevölkerung.

52 Wie startet man einen solchen Netzwerkprozess?

Ich führe in der Regel Interviews mit der Bevölkerung. Ich gehe einfach hin und spreche mit den Leuten über ihre Anliegen und



**ZURICH VERSICHERUNG.
FÜR ALLE, DIE WIRKLICH LIEBEN.**

ZURICH[®]

«Dichtestress entsteht nur, wenn wir mit den Nachbarn nichts anzufangen wissen.»

Andreas Hofer

ihre Wünsche, tagelang. Gleichzeitig muss man strategisch vorgehen und die einflussreichen Akteure ausmachen. In der Schweiz sind das natürlich die Verbände, Vereine, überall, wo Meinungsbildung stattfindet. Parallel dazu lobbyiere ich für meine eigenen Interessen: guten oder intelligenten Städtebau.

53 Für die Schweiz steht fest: Es muss verdichtet werden in der Stadt, weil die Landschaft unter Druck steht.

Was gibt es denn da zu diskutieren?

Ich glaube, da gibt es sehr viel zu diskutieren. Allein die Frage, was Landschaft alles sein kann –! Was ich kritisiere, ist, dass man die Leute von einem existierenden Produkt zu überzeugen versucht. Ich kritisiere nicht die fachlichen Fähigkeiten meiner Berufskollegen oder die Verwaltung, welche zumindest in den grösseren Gemeinden und vielen Kantonen gute Arbeit leistet, sondern die Prozesse. Architektur als Disziplin hat mit Menschen zu tun. Ich sehe mich als Teil des Prozesses, gleichberechtigt, und nicht als Architektin, die vorgibt, wie die Menschen zu leben haben. In der Schweiz gibt es am Ende zwar Abstimmungen über Bauvorhaben respektive den entsprechenden Kredit: Ja oder Nein. Aber das ist wenig produktiv. Manchmal ist man vielleicht nicht dagegen, dass etwas gebaut werden soll, nur hätte man eigentlich gern etwas anderes, aber es bleibt einem nur übrig, Nein zu stimmen. Ich bin überzeugt, dass unsere Ja/Nein-Demokratie je länger, je mehr an ihre Grenzen stösst. Eine Abstimmung müsste nur noch die Legitimierung am Ende eines Netzwerkprozesses sein, die eigentliche Partizipation, die Mitarbeit, müsste viel früher beginnen und offener sein.

54 Sie plädieren für eine andere Rolle der Architekten. Der Architekt, die Architektin müssen zu ihrer politischen Funktion zurückfinden. Ich meine damit nicht Parteipolitik, obwohl die auch ganz nützlich sein kann, sondern im klassischen Sinne «politisch handeln»: Dinge tun, die das Gemeinwesen und die Stadt betreffen. Architekten sollten nicht auf einen Auftrag oder Impuls von aussen warten, sondern sie müssen sich sozial und gesellschaftlich engagieren, was auch ökonomische Überlegungen, etwa zur Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen, miteinschliesst.

Fabienne Hoelzel, Architektin und Gründerin von «Fabulous Urban»

55 Was macht die Planung heute falsch?

Ein Mangel ist, dass die Planung zu wenig auf die Mischung achtet. Sie folgt der Idee der Verdichtung. Meiner Ansicht nach ist dies ein Fehler. Die Verdichtung hat bisher dazu geführt, dass weniger Menschen auf mehr Raum leben und das Wohnen in den Zentren teurer wird. Die Menschen ziehen immer weiter raus, weil es dort billiger ist. Das verstärkt die soziale Segregation. Verdichtung ist eigentlich Verdrängung. Das kann man heute in vielen Städten feststellen, und es ist eine enorme Herausforderung für die Planung. Die Probleme in der Schweiz sind allerdings kleiner als in den grossen Metropolen. Man könnte daraus lernen und die Lehren international anwenden.

Philip Ursprung, Professor für Kunst- und Architekturgeschichte an der ETH Zürich

56 Welche Konsequenzen hat die Verdichtung für unser künftiges Zusammenleben?

Während Verdichtung in einem Dorf die gewohnte Verbindlichkeit reduziert, relativiert sie in der Stadt die Anonymität. Selbst gewählte, je nach Lebensphase wechselnde und unterschiedlich intensiv gelebte Gemeinschaften, Freundschaften und Beziehungen überlagern und gliedern sie; nicht Ersatzfamilien oder ideologische Heimaten, sondern pragmatische Stützen, die neue Möglichkeiten im Alltagsleben eröffnen. Sie können beispielsweise die Nahrungsmittelproduktion und -verteilung wieder in die Nähe der Konsumenten bringen oder die Kinder- und Betagtenbetreuung unabhängiger von Heimen und Institutionen machen und somit Alternativen zu Lohnarbeit und Geldbeziehungen bieten. Und die Räume dafür können gar nicht dicht genug sein. Dichtestress entsteht nur, wenn wir mit den Nachbarn nichts anzufangen wissen.

Andreas Hofer, Architekt

57 Gibt es architektonische Möglichkeiten, Menschen auch in Städten zu neuen Sozialformen zusammenzuführen?

Das ist wohl weniger die Architektur, die Menschen zusammenführt, als die Programme der Bauträger und Immo-

liensbewirtschafter. Natürlich sind attraktive und gut gestaltete Innen- und Aussenräume eine zentrale Voraussetzung für – ich sage mal – gemeinschaftliche Nutzungsformen. Die Schlüsselfrage aber scheint mir vielmehr, welcher Immobilienbesitzer (unabhängig ob genossenschaftlich, institutionell oder privat) welche Angebote schafft und nach welchen Grundsätzen er sie bewirtschaftet. Diesem gesellschaftlichen Schlüsselfaktor wird heute viel zu wenig Rechnung getragen.

Philippe Cabane, Soziologe und Städteplaner

58 In welcher Stadt leben wir in Zukunft zusammen?

Unsere Städte und Köpfe sind noch nicht im Migrationszeitalter angekommen. Hier ein Bild der Stadt, das trotz seines hohen Alters nichts von seiner Brisanz verloren hat:

«Die Stadt ist eine Maschine, um sich einzustöpseln»: Diesen Slogan hat die englische Architektengruppe Archigram in den 1960er-Jahren propagiert: ein aussergewöhnliches Modell für das Verhältnis zwischen Individuum und Stadt. Damit ist auf prägnanteste Weise gesagt, was die nächsten Generationen beschäftigen wird: Städte erfinden! Städte, die atmen, wachsen, schrumpfen und so ausgerüstet sind, dass sie den wechselnden Bedürfnissen ihrer nomadisierenden Bewohner in praktisch jeder Lebenslage verschiedene Möglichkeiten gesellschaftlicher Anbindung bieten können: Plug-in-Citys. Statt unerwünschte Fremde an abgelegenen Orten einzusperren, statt ihnen jede sinnvolle Tätigkeit zu verbieten: Einstöpselstädte.

Elisabeth Blum, Autorin und Architektin

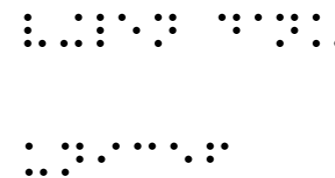
59 Was ist Urbanität?

Urbanität ist kontextabhängig. Sie ist von Bedingungen geprägt, die nach wie vor lokal sind und ihre Geschichte haben. So verschieden wie die eigene Verortung im urbanen Raum sind auch die Ansprüche an eine Stadt. Fragen wir eine alleinerziehende Lehrerin in Leipzig, einen Softwarespezialisten in Baden oder einen amerikanischen Expat, der mit seinem Lebenspartner im Zürcher Seefeld lebt, nach ihrem Verständnis von Urbanität, fallen die Antworten gewiss nicht gleich aus. Obwohl alle in «Städten» leben.

Weil die Schweiz keine eigentlichen Grossstädte kennt, verbindet man den Begriff der Urbanität hierzulande gern mit bau-

lichen Konstellationen. Freilich kann sich Urbanität als absoluter Raum manifestieren. Aber der Begriff beinhaltet mehr als Raumformen. Der Basler Ökonom Edgar Salin sah ihn praktisch unabhängig vom physischen Zuschnitt einer Stadt: Urbanität wurzelt, Salin zufolge, in den Traditionen des liberalen Bürgertums, das daraus nicht nur Umgangsformen, sondern auch eine eigene politische Kultur ableitete. In dieser Lesart resultiert Urbanität aus dem Grad an Verknüpfungen, des Austauschs, der Vielheit möglicher Beziehungen an einem Ort. Derartige Potenziale bestehen am ehesten dort, wo städtische Lebensformen einen gewissen Grad an Anonymität versprechen. Der deutsche Soziologe Georg Simmel untersuchte diese Anonymität in der aufkommenden Dienstleistungs- und Konsumgesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts. Ihn interessierte hier vor allem die Freiheit von Bindungen. Diesen zivilisatorischen Fortschritt sah Simmel als Reaktion auf die allgemeine Reizüberflutung: Das externem Stress ausgelieferte Grossstadt-Individuum setze auf Distanz als Überlebensstrategie. Bindungslosigkeit, Individualisierung und Hedonismus führen heute zu anderen Techniken des Selbst. Die Auffächerung von Bedürfnissen macht sich auch in den Anforderungen an den öffentlichen Raum bemerkbar. Dieser wird von Spezialisten bearbeitet, die dafür sorgen, dass Urbanität wie vieles andere «erlebbar» wird. Sie gehört als Worthülse im Zeitalter des Branding zum Repertoire der Lifestyle-Industrie.

Aufgrund seiner eigenen Schwammigkeit bündelt der Begriff Urbanität disparate Wunschvorstellungen. Besonders im deutschen Sprachraum dient er als Projektionsfläche für Städte, die sich permanent auf der Suche nach ihrer vermeintlichen Identität befinden. In Deutschland kann man seine Konjunktur nach wie vor auf den Phantomschmerz beziehen, den die Vernichtung der Innenstädte und der Nachkriegswiederaufbau hinterlassen haben. Zu diesem «Leidensdruck» kommt seit der Wende der Städtebau der DDR, auf den zahllose Wiedergutmachungsaktionen zu reagieren versuchen. Eine andere Ausgangslage besteht in der Schweiz, wo man weniger von der bodenlosen Hässlichkeit der Innenstädte traumatisiert ist. Vielmehr ist es das Bedrohungsszenario einer schrankenlosen Zersiedelung, die hierzulande zur Verklärung von baulicher Dichte und Urbanität führt. Bei dieser von Architekten geführten Diskussion treten aber auch Ohnmachtsgefühle zutage: Als Disziplin ist Städtebau in der Schweiz schwach legitimiert;



Louis Braille hinterliess der Welt die Blindenschrift. Auch wenn Sie kein Organist und Erfinder sind: Sie können etwas Bleibendes für die Nachwelt schaffen. Mit einem Testament oder Legat zugunsten von UNICEF bauen Sie das Fundament einer besseren Welt für Kinder. Wir informieren Sie gerne:

UNICEF Schweiz, Baumackerstrasse 24, 8050 Zürich
Telefon +41 (0)44 317 22 66
www.unicef.ch



gesellschaftlich und politisch besteht wenig Konsens zur Stadtplanung. So erstaunt es wenig, dass Urbanität gern über ihre Abwesenheit definiert wird. Stadtsehnsucht ist eine Art Elixier, das die Überwindung einer seit Max Frisch gezeigten Kleinstädtigkeit verspricht.

André Bideau, Autor und Architekturkritiker

60 Wo werden die Schweizer sich erholen und treffen?

In Zukunft wird man sich wohl nicht mehr nur in speziellen Erholungsgebieten wie Plätzen oder Parks bzw. Natur- oder Kulturlandschaften erholen. Die exakte räumliche Trennung von Wohnen, Arbeiten, Erholen, Versorgen in klar abgegrenzte Zeit- und Stadtzonen dürfte sich auflösen. Ich sehe in Zukunft nicht spezialisierte Räume, sondern solche, die zu jedem Zeitpunkt jede dieser sogenannten Grunddaseinsfunktionen der Menschen erfüllen können. Für diesen Trend sprechen die Entwicklungen der Flughäfen und Bahnhöfe, neue Arbeitswelten wie beispielsweise auf dem V-Zug-Areal in Zug oder dem Novartis Campus. Aber auch der Erfolg der wenig spezialisierten gründerzeitlichen Quartiere weist auf diesen Trend hin.

Philippe Cabane, Soziologe und Städteplaner

61 Wie soll ein «öffentlicher Raum» aussehen? Braucht es so etwas überhaupt?

Wichtig scheint mir bei der Gestaltung öffentlicher Räume, dass sie möglichst wenig spezialisiert sind und möglichst viele Nutzungsmöglichkeiten zulassen. Spezialisierungen sind natürlich gefragt, aber sie sollten eher temporär bleiben und damit neue Begegnungsformen nicht behindern.

Philippe Cabane, Soziologe und Städteplaner

62 Lassen sich Menschen zum freiwilligen Verzicht bewegen? Zum Beispiel auf einen Teil der Fläche, die sie heute pro Kopf beanspruchen?

Das «Leben» auf der Erde wird ermöglicht durch ein paar wenige Stoffe und durch die Solarstrahlung. Jede Spezies, ob Pflanze oder Tier, hat sich ihren Raum erobert und breitet sich so weit aus, wie sie kann. Ich glaube nicht, dass sich die Menschen in der Frage der Nutzung ihrer Ressourcen – und der

Raum gehört auch dazu – grundsätzlich anders verhalten als jede andere Art von Lebewesen. Deshalb glaube ich nicht an den freiwilligen Verzicht einer überwiegenen Mehrheit der Menschen. Allerdings ist auch nicht der Verbrauch an Fläche durch den Menschen problematisch, sondern die Menge und die Art Materie, die ausgegraben, verändert, transportiert und am Schluss deponiert wird. Sie setzt Grenzen. Und die heutigen Grenzen wird und muss der Mensch durch neue technische Lösungen sprengen.

Hansjürg Leibundgut, Professor für Gebäudetechnik an der ETH Zürich

63 Welche Konsequenzen erwarten die Schweiz, wenn sie ihren CO₂-Ausstoss nicht reduziert?

Die Konsequenz ist eine globale Klimaerwärmung um mehr als zwei Grad Celsius. Auf diese Erwärmung weisen Wissenschaftler aus aller Welt im neuen IPCC-Bericht hin. Die Folgen für die Schweiz wären aber nach heutigem Wissensstand nicht so gravierend wie für andere Länder. Es wird bei uns trockenere und nässere Phasen sowie wärmere Winter geben und damit verbunden gewisse Probleme für die Landwirtschaft und den Tourismus.

Renate Schubert, Leiterin des Instituts für Umweltentscheidungen der ETH Zürich

64 Kann man warten, bis neue Technologien das Klimaproblem lösen?

Natürlich könnten solche Technologien auftauchen. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist aber klein. Man kann nicht einfach auf eine Technologie warten und dann vielleicht in zwanzig Jahren feststellen, dass doch nichts Passendes erfunden worden ist. Dann wird das Abbremsen des Klimawandels so richtig teuer. Man muss das Klimaproblem daher jetzt angehen. Das Zwei-Grad-Ziel wird man bereits heute kaum mehr einhalten können. Wenn wir jetzt handeln, besteht die Chance, den Anstieg der Durchschnittstemperatur bei drei Grad zu halten und nicht auf sechs oder sieben Grad zu kommen.

Renate Schubert, Leiterin des Instituts für Umweltentscheidungen der ETH Zürich

«Die Planung achtet zu wenig auf die Mischung. Sie folgt der Idee der Verdichtung. Diese hat aber bisher dazu geführt, dass weniger Menschen auf mehr Raum leben und das Wohnen in den Zentren teurer wird. Die Menschen ziehen immer weiter raus, weil es dort billiger ist.

Das verstärkt die soziale Segregation. Verdichtung ist eigentlich Verdrängung.» *Philip Ursprung*



Renate Schubert,
Leiterin des Instituts für Umweltentscheidungen, ETH Zürich

«Angesichts der Tatsache, dass Landschaft und Energie kostbare und knappe Güter sind, haben wir gar keine Wahl. Wir müssen Stadt bauen – auf welche Art auch immer.»

Vittorio Magnago Lampugnani

65 Gibt es den «Dichtestress»?

Ja, es gibt ihn, den Dichtestress. Jeden Tag, daran gibt es nichts zu rütteln. Klar! Morgens und abends in der S-Bahn – höllischer Dichtestress. Auf der Autobahn sowieso, obwohl mir eigentlich niemand wirklich nahe auf die Pelle rückt. An der Street Parade herrscht Dichtestress, aber hallo! Und am Zürifäscht, am Gurtenfestival, im Shopping Center am Samstag. An einem warmen Tag an der Seepromenade und entlang der Aare, am Rheinufer – überall Dichtestress. Es gibt kein Entrinnen.

Ich unternehme viele Spaziergänge in Zürich, streune durch die Quartierstrassen, oft ohne konkretes Ziel. Dabei begegne ich wenigen Menschen – sehr wenigen, manchmal für lange Zeit niemandem –, auch in den zentrumsnahen Gebieten. Die Strassen sind leer, und dies notabene in der grössten Stadt der Schweiz. Mehr Stadt geht nicht: Zürich ist das Krasseste, was die Schweiz zu bieten hat. Es dringen jedoch nur wenige Geräusche aus den Wohnungen an mein Ohr. Ich wandle durch eine leere Stadt, es ist fast etwas unheimlich. All diese Häuser, in denen jetzt gerade Menschen ihr Leben verrichten: Man sieht und hört nichts davon. Ich bin oft einsam auf meinen Touren durch die Stadt.

Erst wenn ich in die Nähe der City komme, an den See, an die Langstrasse oder an den Hauptbahnhof, dann sind die Leute plötzlich da. Sie ballen sich dort, wo schon andere sind. Sie suchen die Nähe, die Dichte, und scheinen dabei keinen Stress zu haben, im Gegenteil. Manche haben es eilig, andere nicht; sie bewegen sich diszipliniert und zugleich geschmeidig und abgeklärt durch die Massen. In solchen Momenten geniesse ich die Dichte, etwa in der Migros unter dem Hauptbahnhof an einem Sonntagnachmittag. Alle sind sich gleich fremd, das macht es so angenehm. Indische Touristen treffen auf sri-lankische Eingewanderte; Familien mit verschleierte Frauen und verwöhnten Kindern aus den Golfstaaten auf Angestellte aus Serbien, Moçambique und Dietikon; Agglomerationsbewohner aus dem weiten Einzugsgebiet der Zürcher S-Bahn auf Städter, die den Laden einfach nur als nächste Einkaufsgelegenheit schätzen. Ich stürze mich ins Getümmel, denn ich weiss: Hier hinein traut sich keiner, der an echtem oder vermeintlichem Dichtestress leidet. Hier sind wir unter uns.

Caspar Schärer, Redaktor «werk, bauen + wohnen»

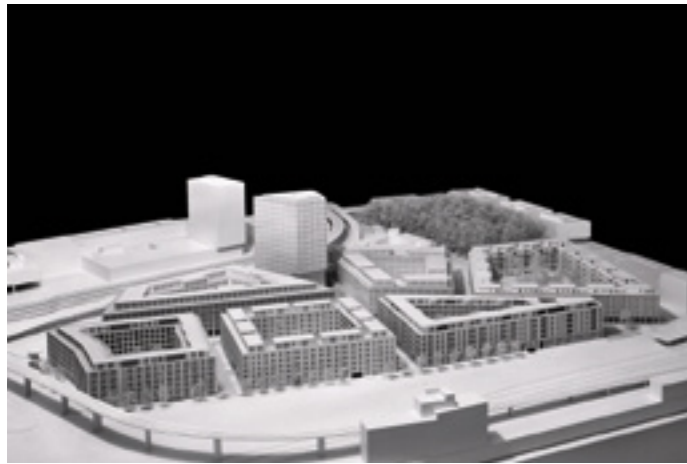
EIN GESPRÄCH MIT VITTORIO MAGNAGO LAMPUGNANI

Eine Fahrt durch die schweizerische Agglomeration ist eine ästhetische Zumutung. Beinahe überall ergiesst sich ein trostloser Siedlungsbrei in die Landschaft. Für Professor Vittorio Magnago Lampugnani müsste das nicht so sein. Er steht in Wallisellen auf einem Platz inmitten des von ihm realisierten Richti-Areals und erklärt seelenruhig Strategien gegen die Verschandelung der Schweiz. Lampugnani ist ein Architekt und Städtebautheoretiker, der die Fachwelt spaltet. Die einen halten seine Vorstellung für veraltet: Er sei einer, der die Probleme der heutigen Städte mit Konzepten aus dem 19. Jahrhundert lösen will. Andere sehen in dem in Rom geborenen ETH-Professor einen der klügsten und radikalsten Planer unserer Zeit. Vittorio Lampugnani hat den Novartis Campus in Basel gebaut, einen Untergrundbahnhof in Neapel, Wohnungen in Graz. Daneben hat er eine «Anthologie zum Städtebau» veröffentlicht, die als Meisterwerk gilt. Kürzlich wurde sein Richti-Areal in Wallisellen eingeweiht. Von oben schaut die Bebauung so aus, als sei ein Stück Mailand in Wallisellen gelandet. Theoretisch lässt sich das mit dem Argument kritisieren, man könne nicht einfach eine städtische Blockrandordnung in eine gewachsene Struktur einpflanzen. Aber warum eigentlich nicht? Diese und andere Fragen stellt und beantwortet Lampugnani mit leiser Stimme, in elegantem Deutsch.

66 Ist das Richti-Areal ein Modell für die Zukunft der Agglomerationen?

Ich glaube nicht, dass das Richti, oder der Blockrand allgemein, in der ganzen Schweiz reproduziert werden muss oder auch soll. Das Richti zeigt, dass man heute verdichtet bauen und gleichzeitig öffentliche Räume schaffen kann. Das ist in meinen Augen der Schlüssel für das Bauen in der Zukunft: Dichte und Raum, der die Dichte kompensiert. Man kann aber auch mit Stadtvillen oder anderen, offeneren Formen baulich zusammenrücken und gleichzeitig angenehme, schön gestaltete öffentliche Räume schaffen, die zum Aufenthalt einladen.

Übrigens kann auch ein Dorf dicht und urban sein, wie beispielsweise viele traditionelle Engadiner Dörfer. Sie sind so ent-



Modell des Richti-Areals in Wallisellen (links), Fassade des Wohnhauses von Vittorio Lampugnani «Studio di Architettura»

standen, weil sie Landschaft und Energie sparen mussten. Und sie funktionieren immer noch sehr gut.

Was nicht verdichtet ist, ist die klassische Agglo. Das ist deswegen total absurd, weil man nichts davon hat. Es ist ja nicht so, dass dort alles wunderbar grün wäre. Das Grün wird aufgefressen durch die Verkehrsflächen, durch die Infrastrukturen, durch allerlei, was sich in den Zwischenräumen einnistet, weil sie nichts oder fast nichts kosten.

67 Werden sich die Agglomerationen zu Stadtquartieren wandeln müssen, oder gibt es eine andere Möglichkeit zur Verdichtung, ohne die Stadt mit Stadt zu erweitern?

Ich glaube, es ist ein kategorischer Imperativ, dass die Stadterweiterung mit Stadt passieren muss. Alles andere ist ökonomisch, ökologisch und letztendlich sozial nicht tragbar.

Die Wege, die man bisher gegangen ist, lassen sich grösstenteils auf die Gartenstadt-Bewegung zurückführen. Damals sagte man, jeder habe Anrecht auf sein Häuschen im Grünen. Das hat über Umwege und Missverständnisse zu den heutigen Agglomerationen geführt: zu den Reihenhäusern, den Einfamilienhäuserterpichen, den Einkaufszentren mit ihren riesigen Parkplätzen. Das müssen wir angesichts der Tatsache, dass Landschaft und Energie kostbare und knappe Güter sind, grundsätzlich revidieren. Wir haben gar keine Wahl. Wir müssen Stadt bauen – auf welche Art auch immer.

68 Müssen die Schweizer ihren Lebensstil ändern?

Nicht nur die Schweizer, alle Europäer. Weil wir demnächst kein Erdöl mehr haben, weil die Energiekosten und die Transportkosten steigen werden. Suburbia war das Kind eines Wohlstandes, den wir so wahrscheinlich nie wieder haben werden.

69 Müssen wir künftig kollektiver wohnen, um Platz zu sparen?

Ich meine, wir sollten unsere Wohnraumsprüche überdenken, glaube aber nicht, dass wir unsere Wohngepflogenheiten grundsätzlich ändern müssen, um nachhaltiger zu leben. Nicht die Wohnungen, die öffentlichen Bauten sollten wir kollektiv nutzen. Es gibt sehr viel ungenutzte, qualitativ hochste-

hende Infrastruktur. Zum Beispiel Schulen, die nur morgens genutzt werden und nachmittags leer stehen, aber auch Turnhallen, Kinos und Kantinen. Dazu kommen noch die Ferienhäuser. Sie stehen meistens leer. Warum soll man sie also allein nutzen?

70 Sollte man in der Schweiz die Grundstücksspekulation einschränken, um die Zersiedlung zu stoppen?

Ja, man sollte. Aber man kann nicht allein dem Markt und den Bauherren die Schuld an der Zersiedlung geben. Schliesslich haben die Architekten das alles mitgemacht. Sie haben dem kein Konzept entgegengesetzt.

71 Beim Richti gehörte das ganze Areal einem Besitzer, entsprechend war eine einheitliche Bauweise möglich. Müsste man kleinere Grundstücke «kollektivieren», um überall einheitlich bauen zu können?

Natürlich war hier deswegen ein Quartier mit einer gewissen Einheitlichkeit möglich, aber grundsätzlich ist unfragmentiertes Eigentum nicht die Voraussetzung für eine harmonische Bauweise.

Es ist ein grosses Missverständnis, wenn ein Bauherr oder ein Architekt denkt, er könne auf einem Grundstück machen, was er will. Die Fassaden der Häuser darf man nicht den Launen der Einzelnen überlassen, weil die der Öffentlichkeit gehören. Entsprechend sollte man schauen, dass sie so gebaut werden, dass sie attraktive, unaufgeregte Räume schaffen und nicht den Individualismus des Bauherrn oder des Architekten verkünden. Ein Gebäude sollte das besitzen, was man als «gute Manieren» bezeichnen könnte, in einen Dialog treten mit den Nachbargebäuden und mit der Stadt.

72 Wie könnte man die Agglomerationen künftig harmonischer bauen?

Die Städte müssen selber stärkere Regeln setzen. Aber dazu braucht es eine Vision, wie man sich architektonisch entwickeln will. Und die hat ja heutzutage so gut wie keine Stadt mehr, selbst Städte mit einer hohen Planungskultur wie Zürich nicht. Es gibt ja keine räumliche und ästhetische Vision, wie sich Zürich in den nächsten dreissig Jahren entwickeln soll. Es wird sehr viel

über einzelne Grundstücke diskutiert und darüber abgestimmt, nichts wächst unkontrolliert. Aber kaum jemand schaut über sein Grundstück hinaus. Kaum jemand hat die Fähigkeit und den Mut, darüber nachzudenken, wie sich die Strasse entwickeln soll, wie sich die Stadt entwickeln soll, wie sich die Schweiz entwickeln soll.

Vittorio Magnago Lampugnani, Professor für Geschichte des Städtebaus an der ETH Zürich

73 Muss eine Gesellschaft ihren Lebensraum überhaupt planen? Regelt sich dies nicht in einer freien, demokratischen Gesellschaft von selbst?

Planen ist nichts anderes als der Versuch, mögliche Entwicklungen gedanklich vorwegzunehmen oder, politischer ausgedrückt, die Fähigkeit einer Gesellschaft, ihr Zusammenleben zu gestalten. Dafür steht der architektonische Plan seit jeher. Er ist keine Vorschrift, sondern ein Denkinstrument. Der Demokratie die Fähigkeit zum Planen des eigenen Lebensraumes abzusprechen ist nicht nur irreführend, sondern auch gefährlich: irreführend, weil Planen in der Demokratie von der Fähigkeit zeugt, unterschiedliche, sich widersprechende Bedingungen gegeneinander auszuloten, um möglichst differenzierte Antworten auf konkrete Probleme zu finden; gefährlich, weil eine vermeintliche Selbstregulierung letztlich hiesse, die Verantwortung für die eigene Umwelt aufzugeben.

Laurent Stalder, Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der ETH Zürich

74 Welchen Einfluss sollen und dürfen ökonomische Interessen auf die Entwicklung unseres Lebensraumes haben?

Bereits im ersten Artikel des revidierten Raumplanungsgesetzes sind die drei Prinzipien der Nachhaltigkeit formu-

liert: Ökologisch, sozial und wirtschaftlich soll sich der Raum entwickeln. Die Wirtschaft soll also explizit die Raumentwicklung mitbestimmen. Die Schweiz ist dann als Gemeinschaft stark, wenn wir alle Sorge zum Boden tragen und dieser nicht wie bis anhin häufig als Spekulationsobjekt behandelt wird.

Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE)

75 Wieso ist eine Zerstückelung schlimm?

Eine zu starke Fragmentierung engt den Blick ein: auf die eigenen Ressourcen, auf die eigene Parzelle, auf die eigene Gemeinde. Dabei geht der Blick auf die Entwicklung unseres Landes in seiner Gesamtheit verloren. Wenn es um unsere immer knapper werdende Ressource Boden geht, dann brauchen wir eine strategische, übergeordnete Raumordnungspolitik, die alle mittragen.

Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE)

76 Wie könnten die öffentlichen Räume in der Schweiz der Zukunft gestaltet sein?

Manchmal sind es kleine Dinge, die auf eine mögliche Zukunft der Schweiz weisen. In diesem Fall sind es die entgegengesetzten Geschichten zweier Kreisverkehrsplätze, umgangssprachlich «Kreisel» genannt. Der erste befindet sich in der Gemeinde Wollerau im Kanton Schwyz, mitten im Dorfzentrum zwischen Kirche und Metzgerei. Hier wurde in den 1990er-Jahren, als in der Schweiz das «Kreiselieber» ausbrach, der Dorfplatz zu einem mit schmalen Trottoirs umrandeten Verkehrskreisel umgebaut. Ein öffentlicher Raum mit historischer Bedeutung wurde an die Bedürfnisse des motorisierten Individualverkehrs angepasst. Der zweite Kreisel, der eher als «place ronde» bezeichnet werden kann, liegt im Zürcher Stadtkreis

Dorfplatz mit Kreisel in Wollerau (links), Bullingerplatz in Zürich



BILDER — LINKS: STUDIO DI ARCHITETTURA VITTORIO MAGNANO LAMPUGNANI / ALLREAL GENERALUNTERNEHMUNG AG, RECHTS: KARIN GAUCH, FABIEN SCHWARTZ / STUDIO DI ARCHITETTURA VITTORIO MAGNANO LAMPUGNANI

BILDER — LINKS: NFP66, ETH ZÜRICH; RECHTS: MICHAEL STUDDT

4, im ursprünglichen «Roten Zürich». Der von Wohnhäusern von Baugenossenschaften umgebene Bullingerplatz wurde im Laufe der Zeit vom Transitverkehr überrollt. Das als «Auspuff der Nation» benannte Quartier wurde kürzlich umgebaut und der Platz als Aufenthaltsort wiederhergestellt, mit Brunnen, Bäumen und Cafés. So verschieden die zwei Anlagen auch sind, eines haben sie gemeinsam: Ihre Geschichten weisen darauf hin, wie der öffentlich zugängliche Raum sich aufgrund anders gearteter Zielsetzungen verändern kann. Während der erste Kreisel dem Prinzip der Effizienz folgt und die Funktionen sauberlich voneinander trennt, scheint der zweite Platz genau diese Grundsätze zu entkräften. Hier werden die Nutzungen nicht gesondert behandelt, vielmehr ihre Koexistenz stets neu verhandelt, in einer informellen Überlagerung von Aktivitäten, die zur Entschleunigung des Lebensraums beitragen. Stellvertretend für mögliche Entwicklungen zeigen die Beispiele auf, wie unterschiedliche Haltungen betreffend des Umgangs mit dem physischen Raum als Ressource die Gestaltung des sozialen Raums entscheidend prägen.

Marc Angélli, Professor für Architektur und Entwurf an der ETH Zürich, Leiter des Architekturbüros agps

77 Wird die Schweiz irgendwann eine einzige Stadt sein?

Die Vorstellung einer flächendeckend besiedelten Schweiz ist abschreckend. Niemand wünscht sich das. Die Schweiz definiert sich als Lebensraum vor allem über ihre grandiose Landschaft, und wir sollten alles tun, die so vielfältigen Landschaftsräume zu erhalten. Das schliesst die ländlichen Gebiete zwischen klar begrenzten Siedlungsräumen ein.

Es geht gleichzeitig darum, eine Balance zwischen den städtischen und den ländlichen Räumen zu finden. In einem weit gefassten Begriff von urbanem Raum können auch die ländlichen Gebiete in die Idee der «Stadt Schweiz» einbezogen wer-

den. Wir brauchen ein Bewusstsein, in dem das ländliche Territorium respektiert ist und in einem intensiven Austausch mit der Stadt steht. Zum Beispiel Landwirtschaft. Das scheint sinnvoll, denn die Stadt und das Land sind in der Schweiz untrennbar miteinander verknüpft und sollten zusammen gelesen werden. Das sind die besten Voraussetzungen, um sie in ihrem Bestand zu schützen.

Roger Diener, Architekt und Professor am ETH Studio Basel

78 Haben ländliche Gebiete eine Zukunft?

Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung wohnt in ländlichen Räumen und Berggebieten, die drei Viertel unseres Territoriums umfassen. Für die Entwicklung dieses Teils lässt sich kein einheitliches Zukunftsbild zeichnen. Wir müssen mindestens von drei unterschiedlichen Raumtypen und dementsprechend unterschiedlichen «Zukünften» ausgehen: vom agglomerationsnahen ländlichen Raum, den alpinen Tourismusdestinationen und den peripheren Gebieten. Zum Ersten gehören etwa das Freiamt im Aargau, das Klettgau in Schaffhausen, das Val-de-Ruz in Neuenburg oder die Linthebene in den Kantonen St. Gallen und Glarus. Die nächste Agglomeration ist von dort mit dem Auto jeweils in zwanzig Minuten erreichbar. 57 Prozent der Schweizer Landwirtschaftsbetriebe befinden sich in diesen Räumen. Wegen der Lage geraten hier Landschaft und Landwirtschaft zunehmend unter Druck. Diese auch «periurban» genannten Räume haben sicher eine Zukunft. Doch möglicherweise werden sie bei der nächsten städtischen Erhebung bereits als Teil der Agglomeration erfasst werden und so von der «Landkarte der ländlichen Schweiz» verschwinden.

In den alpinen Tourismusdestinationen wie etwa Zermatt im Wallis, Davos in Graubünden und Grindelwald im Berner Oberland führen der internationale Wettbewerbsdruck in der Tourismusindustrie und dringend nötige Erneuerungen in der

«Es kann nicht sein, dass die ländlichen Räume und Berggebiete ausschliesslich zum Heidiland oder zu Trainingslandschaften für Städter und Städterinnen weiterentwickelt werden.»

Maria Lezzi



David Gugerli, Professor für Technikgeschichte, ETH Zürich

Tourismusinfrastruktur zu besonders grossen wirtschaftlichen Herausforderungen, oft auch zu Nutzungskonflikten.

Durch die Annahme der Zweitwohnungsinitiative dürfte sich die Situation weiter verschärft haben. Dies beschleunigt in diesen Gebieten den Strukturwandel und erfordert einen Innovationsschub. Auch abgelegene Gebiete und Täler wie beispielsweise das Val Müstair in Graubünden, die äussere Ajoie im Jura oder die obere Leventina im Tessin zählen zu den ländlichen Räumen. Hier hat mancherorts das Leben an Attraktivität verloren. Solche peripheren ländlichen Räume sind zunehmend dünner besiedelt, und es besteht die Gefahr, dass die Grundversorgung nicht mehr in einer angemessenen Qualität gewährleistet werden kann. In diesen peripheren Gebieten sollten die Bevölkerungszahl auch in Zukunft gehalten und lokale Arbeitsmöglichkeiten, zumindest in den Kernsiedlungen, geschaffen werden.

Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE)

79 Welche Rolle könnten ländliche Gebiete künftig haben? Sind sie nicht schon bloss Erholungsgebiete für die Städte?

Es kann nicht sein, dass die ländlichen Räume und Berggebiete ausschliesslich zum Heidiland oder zu Trainingslandschaften für Städter und Städterinnen weiterentwickelt werden. Vielmehr haben diese Räume vielfältige Funktionen und

erbringen Leistungen, die für eine nachhaltige Entwicklung der Schweiz von hoher Bedeutung sind. Es sind Räume, in denen gelebt, gearbeitet und sich erholt wird. Kurz, sie sind ein ganz wesentlicher Teil der Schweiz. Eine räumlich differenzierte, jedoch koordinierte Raumordnungspolitik dient folglich auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE)

80 Wird es in den Städten zu einer weiteren Verdichtung kommen?

Um diese Frage zu beantworten, muss man auf die historischen Umstände zurückkommen, die der Urbanisierung zugrunde liegen.

Am besten hat das der amerikanische Philosoph John Dewey analysiert. 1915 beschrieb er diese Entwicklung mit der durch die Moderne verursachten veränderten Art des Zusammenlebens: In früheren Zeiten hätten die Menschen von «Angesicht zu Angesicht» in lokalen Gemeinschaften gelebt. Im beginnenden 20. Jahrhundert seien diese durch «ferne und unsichtbare Mächte» beeinflusst worden. Das Gemeinschaftsleben sei «mechanisiert und unpersönlich» geworden. Und er fragte sich, wie eine solche Entwicklung ihren Ausdruck in einer «Philosophie des Individualismus» hatte finden können.

Man kann davon ausgehen, dass durch die Mechanisierung die Distanz zwischen den Menschen vergrössert wurde, die per-

sönlichen Kontakte abgenommen haben. Dies Auf-Distanzgehalten-Werden charakterisiert heute auch die Politik, die Produktion von Konsumgütern und den Wohnungsbau. Der Individualismus, der daraus resultierte, ist folglich nur eine Form der Wiedergutmachung für die Entfremdung, die als Lebensgefühl im Lauf des 20. Jahrhunderts immer mächtiger geworden ist.

Das Einfamilienhaus und der Personenwagen sind gewissermassen die Narkosemittel, die es erlauben, die Globalisierung zu ertragen. Heute jedoch löst sich die Dominanz der Mechanisierung allmählich auf. Gründe sind die Vernetzung der Informationssysteme und die Macht sozialer Netzwerke. Werden deshalb Gemeinschaften erneut den Wunsch haben, sich in Gruppen zusammenzufinden, auf lokaler Ebene zusammenzurücken und damit auch den Wohnungsbau zu verdichten? Die Zunahme der Mobilitätsoptionen, welche die Bedeutung des individuellen Personenwagens seit einigen Jahren abnehmen lässt, spricht für eine solche Entwicklung. Die Produktions- und Distributionssysteme von Konsumgütern hingegen – wenn man von sogenannten «Nahvernetzungs-Initiativen» absieht – bleiben weiterhin stark globalisiert. Es wäre aber denkbar, dass ein dramatischer Anstieg der Energiekosten zu einer Trendumkehr führt. In diesem Fall könnten die Verdichtung, die Gruppenbildung und die räumliche Nähe erneut zu einer Notwendigkeit werden. Dies beträfe weniger die Stadtzentren, wo klassischerweise die Immobilienspekulation zu Verdichtung führt, als die Peripherie, wo die Bewohner

lose zerstreut sind, wo die kritische Masse nicht hinreichend ist, um Serviceleistungen und Geschäftstätigkeiten aufrechtzuerhalten. Es erscheint also wahrscheinlich, dass der Auslöser einer neuen Verdichtung eine externe, «entfernte und unsichtbare» Ursache sein wird. Und vielleicht wird auch sie, wie aus Unachtsamkeit, ihren Ausdruck in der Neuerfindung einer Philosophie des Kollektivs finden.

Francesco Della Casa, Kantonsarchitekt von Genf

81 Werden mehr Hochhäuser gebaut werden?

Der Bann ist gebrochen, man ist dabei und wird in Zürich und in der ganzen Schweiz in Zukunft mehr hohe Häuser und auch mehr Hochhäuser bauen, man wird in ihnen arbeiten und wohnen. Türme vermitteln Dynamik und Grossstadtmosphäre auch in einer mittelgrossen Stadt. Richtig platziert können sie urbanistische Akzente setzen und ermöglichen eine erhöhte bauliche Dichte – zwar nicht mehr Dichte in absoluten Zahlen (aufgrund der hiesigen Baugesetze), aber zumindest in Kombination mit grösseren Freiflächen oder in Koexistenz mit zu erhaltenden Altbauten.

Dass der Prime Tower für eine Weile der Titelverteidiger des höchsten Gebäudes in der Schweiz ist, trug ihm zweifellos Sympathien ein und hat sicherlich geholfen, Boden gutzumachen für die Sache Hochhaus. In der ganzen Schweiz entstanden seit der Fertigstellung des Prime Towers 2011 neue Hochhäuser, insbesondere Wohnhochhäuser. Freudig fordern einige



Auf zum Wandern – auf zum Thunersee! SAMSTAG, 13. SEPTEMBER 2014

Francine Jordi



Liebe Wanderfans und Wanderfamilien
Die «Schweizer Familie» lädt Sie zum
7. NATIONALEN WANDERTAG
in die wunderschöne Region Thunersee
nach Spiez und Sigriswil ein und freut sich
auf zahlreiche Wanderfans und -familien.
**Francine Jordi, Mona Vetsch
und Bruno Kern** begleiten Sie auf drei
attraktiven Wanderungen.

Mona Vetsch



© Oscar Alessio

Bruno Kern

Mehr zum Wandertag und Programm erfahren Sie unter
www.schweizerfamilie.ch/wandertag

Veranstalter

Schweizer Familie

Veranstaltungsort

thunersee
www.thunersee.ch

Hauptsponsor

Helsana

Sponsoren

SPORT 2000
MAMMUT

Co-Sponsoren

Elmer
BioMed

Patronat

Schweiz

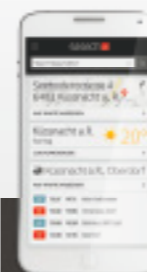
Produktion

FBM FREDDY BURGER
MANAGEMENT

Die neue App für Renovierer.

Maler, Gipser und Textilreinigungen in Ihrer Nähe.

S Jetzt search.ch App
downloaden.



search.ch

Hochhausbegeisterte noch höhere Türme oder zumindest doch noch mehr Türme und wollen Hochhaus-Cluster auch für Zürich, wie man sie fast überall auf der Welt sieht. Die mentale Nachfrage nach weiteren hohen Häusern scheint derzeit grösser zu sein als die marktmässige, und das Wachstum ist hierzulande glücklicherweise nicht ganz so hektisch wie in den boomenden Städten in Fernost.

So arbeiten die Umstände gerade für diejenigen, die das Nebeneinander von alten Industriebrachen mit spannender Zwischennutzung und neuen Hochhäusern schätzen und ungern wieder aufgeben möchten. Das Gebiet um den Bahnhof Hardbrücke bietet derzeit inspirierendes Anschauungsmaterial zu einer stückweisen Entwicklung mit kreativ genutzten Brachen dazwischen.

Zwischen Hügelketten und der «Skyline» der Alpen im Hintergrund wird es in der Schweiz beim Bauen auch in Zukunft nicht nur um architektonische Horizonte gehen können. Das Zusammenspiel von bautechnischem Ehrgeiz, nutzungsmässiger Dichte und landschaftlichen Erhebungen wird hier der unmittelbare Massstab bleiben müssen.

Annette Gigon, Architektin

82 Ist es zulässig, die Freiheit des Einzelnen einzuschränken zugunsten eines Gesamtbildes der Schweiz?

Wir schränken uns täglich ein aufgrund eines übergeordneten Schweizbildes. Etwa über die Landesplanung, auch wenn diese nicht ästhetischen Konzepten folgt: Lebensmittel-Versorgungssicherheit, nationale Verkehrsplanung, Armeeplanung, die Planung der Energieversorgung usw. werden fortwährend in lang dauernden Prozessen und gemäss der Idee der Nationalstaatlichkeit oder Europakompatibilität (je nachdem) in die Landschaft eingeschrieben. Entsprechend wird unsere persönliche Freiheit – Mobilität, Niederlassungsfreiheit, Eigentum, Konsum und auch unser Geschmack – durch über-

geordnete planerische Faktoren bestimmt und eingeschränkt. Wir nehmen es für gegeben hin, dass wir uns den von Bundesbern verordneten Konzepten anzupassen haben.

Eidgenössische Richtpläne für nahezu alle Bereiche des Lebens sind nicht nur die Resultate von Aushandlungsprozessen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Über den Erlass der sie bedingenden Gesetze folgen sie jeweils Selbstbildern des Schweizerischen, die wiederum in einem gesellschaftlichen Prozess verhandelt worden sind und über die weitgehender, wenn oft auch nur stillschweigender Konsens besteht. Vor dieser verschwommenen und schweigenden, sich erst als gesamtes Bauwerk Schweiz offenbarenden Planung erscheint der Ruf nach einer übergeordneten Form fast lächerlich, ja geradezu unstatthaft. Und die Frage, ob die Freiheit des Einzelnen zugunsten eines Gesamtbildes der Schweiz eingeschränkt werden dürfe, erübrigt sich.

Oder doch nicht? Das Problem liegt wohl darin, dass unser gesellschaftliches Handeln und seine Folgen für das Individuum stark durch ideelle, oftmals überkommene Bilder bestimmt werden und so nicht wirklich fassbar sind. Gelänge es, Entscheidungen aus einer realistischeren Haltung heraus zu fällen – etwa indem zu einem planerischen Konzept jeweils auch Nutzen und Kosten veranschlagt werden (was wir Schweizer ja eigentlich sehr gut können) –, dann wäre der Verlust oder Gewinn an persönlicher Freiheit – verstanden als Möglichkeit, dieses zu tun oder jenes zu lassen – für den Einzelnen jeweils einfach zu beziffern. Nochmals anders gesagt: Die Schweiz ist kein Dorf, in dem «Bauvorschriften» ein gewisses Bild erhalten oder befördern sollen, sie war es noch niemals. Wäre dem so, dann müsste man sich via eine Schweizer Bauordnung Gedanken machen über die ästhetische Gesamtwirkung von Infrastruktur, Landwirtschaft und Habitat. Und das wäre angesichts einer eigentlichen Unplanbarkeit der Planung ein an Vermesstheit grenzendes Vorhaben mit entsprechenden Konsequenzen für Politik, Planende, Ausführende und Bestellende.

Tibor Joanelly, Redaktor «werk, bauen + wohnen»

«Der Bann ist gebrochen, man ist dabei und wird in der ganzen Schweiz in Zukunft mehr hohe Häuser und auch mehr Hochhäuser bauen, man wird in ihnen arbeiten und wohnen.»

Annette Gigon



GELESEN
Der Fussball ist ein Gott

GELESEN
Kann man Fussball hassen und trotzdem ein Mann sein?



Zwei Beiträge aus dem Tages-Anzeiger.
Gedruckt, online, als App und in unserer Vielfalt an Blogs.

Du bist, was du liest. | **Tages-Anzeiger**

Die Grandhotel-Verschwörung von 2014

Ein genialer Plan für die Schweiz von P.M.

Im Jahr 2014 fanden wir es heraus: Der Mensch ist dazu gemacht, in einem Grandhotel zu leben. Grandhotels sind die modernen Nomadenzelte, Basislager oder Unterstände.

Die Zimmer können von allen benutzt werden und eben nur, wenn man sie wirklich braucht. Es lohnt sich, solide Möbel anzuschaffen. Gekocht wird in vernünftigen, grösseren Mengen und daher hocheffizient in der Hotelküche, die Lagerhaltung ist dank professioneller Einrichtung und grosser Mengen abfallfrei.

In den Salons, Fumoirs, Bibliotheken, Billardzimmern, Ball- und Esssälen im Erdgeschoss wird getanzt, geraucht, gelesen, gespielt, getratscht und geschrieben, ohne dass jemand ein Möbel, ein Buch, einen Teller kaufen müsste. Es gibt sogar betreute Kinderspielräume – etwas abgelegen –, sodass auch Eltern bei alledem mitmachen können. Diese gemeinsam nutzbaren Räume sind ökologisch sehr effektiv, pro Person fallen nicht mehr als 2 m² an (das macht 1000 m² bei 500 Gästen). Dazu kommen noch 20 m² für das Zimmer, macht 22 m². Früher waren es gegen 50 m² pro Person. Zieht jemand um von einem Grandhotel in ein anderes, braucht er nur eine kleine Tasche zu packen. Er braucht nicht einmal Kleider mitzunehmen, denn jedes Grandhotel hat eine Ausleihgarderobe, Bettwäsche ist schon da, Schirme gibts auch, Zahnbürsten ebenfalls. Sogar Unterwäsche S, M, L, XL (nur in Schwarz).

Früher kosteten 50 m² Wohnraum ca. 10 000 Franken pro Jahr, 28 Franken pro Tag, wenn man Glück hat (für zwei Personen wäre es eine Monatsmiete von 1700 Franken). Hotelzimmer (20 m²) kosten auch nicht mehr – etwa die Hälfte, also 14 Franken pro Tag. Was sie teuer macht, ist der Service. Der lässt sich aber unter den Gästen als Ersatz für die eingesparte Hausarbeit aufteilen. Früher leisteten wir etwa elf Stunden Hausarbeit pro Woche, Männer sechs, Frauen sechzehn Stunden. Wenn wir im Grandhotel fünf Stunden ansetzen, bei 350 arbeitsfähigen Gästen (ganz Alte, Kranke und Kinder ausgenommen), dann haben wir 1750 Stunden pro Woche zur Verfügung, das sind 44 Vollzeitjobs, die wir für Kochen, Waschen und Servieren einsetzen können. (Reinigung und Unterhalt sind ja als Nebenkosten bei den Mietkosten schon inbegriffen.) Wenn wir dazu noch ein paar Profis (sagen wir sechs: Köchin, Sommelière, Nanny, Sekretärin, Pianist, Lateinlehrerin) einstellen, kostet das 360 000 Franken (bei einem Monatslohn von ca. 5000) pro Jahr, 720 Franken/Bewohner, also 60 Franken mehr pro Monat, 2 Franken pro Tag, macht 16 Franken. Nehmen wir dazu noch die Nahrungsmittelkosten, 300/Person/Monat, dann bekommen wir für 26 Franken/Tag, 780/Monat, Vollpension mit Service. Für eine vierköpfige Familie sind das dann 3120 Franken (Kinder voll gerechnet) auf 80 m², wahrscheinlich aber eher weniger. Familien können ihre Zimmer mit Zwischentüren zu Suiten verbinden. Wenn die Kinder gross sind, werden die Türen geschlossen und die Zimmer wieder frei. Nur zehn bis vierzehn Prozent der Zürcher Bevölkerung leben in Familien, «Familie» ist also nur eine Phase, die etwa fünfzehn

Jahre dauert. Es ist völlig abwegig, für diese Phase sogenannte Familienwohnungen zu bauen. Dann hat man wieder seine Ruhe. (Besuchen kann man sich aber jederzeit, es hat ja in jedem Grandhotel nur Gästezimmer, wovon fünf Prozent immer frei sind.)

Natürlich kommen noch andere Ausgaben dazu: der Hotelbus, der einen zum Bahnhof oder zur nächsten ÖV-Haltestelle bringt, der Unterhalt von Bibliothek, Humidor, Weinkeller, der Ersatz von Wäsche und Geschirr, Reparaturen usw. Dafür spart man aber das Auto (es hat dafür ein paar Leih-Rolls-Royces und Motorräder), das sind 667 Franken/Monat. Kaufen muss man praktisch nichts mehr. Im Haus gibts schon viel Kultur, man geht ja jeden Tag aus. Da die 14 000 Grandhotels der Schweiz (niemand will mehr anders wohnen) eine einzige Kette (Hostalia Magna Helvetica, HMM) bilden, wie früher McDonald's oder Ibis, kann man jederzeit in einem andern absteigen, wenn man sich mit allen Gästen zerstritten hat. Wenn man «wandern» will, geht man einfach los, bis die Jacke nass ist, und steigt in einem andern Grandhotel ab (jedes hat, wie gesagt, eine Zimmerreserve von fünf Prozent), duscht und holt sich ein trockenes Jackett aus der Garderobe. Einen Single Malt und eine Cohiba Corona später ist alles wieder in Butter, ganz ohne Mammüt und Odlo.

Der Umbau der Schweiz zu den Grandhotels dauerte nur fünf Jahre und erzeugte die verschiedensten und buntesten Hotelformen: Blockrandhotels, Hochhaushotels, diffuse Dorfhôtels, mit Zwischenbauten verbundene Agglotels usw. Einzig aus den Einfamilienhaussiedlungen liess sich nichts Vernünftiges machen: Sie wurden vom Zivilschutz abgerissen und wieder in stadtnahes Landwirtschaftsland zurückverwandelt. Ländliche Weiler dienten als Dépendances für die Lebensmittelproduktion der Hotels, meist ergänzt durch einen Gasthof mit Metzgerei, Käserei, Minigolfanlage, mit Zimmern für arbeitende und andere Gäste. Die Alpen wurden (mit Ausnahme der dortigen Grandhotels) leer geräumt. Tourismus wurde verboten, Herumlaufen in vernünftigen Schuhen und Tweedjackets aber erlaubt.

Wir sind nicht nur Gäste, sondern haben irgendwo noch Jobs, zum Beispiel als Pianist in einem andern Grandhotel; doch viel Arbeit fällt nicht mehr an: Gebaut wird nichts mehr, Autos gibts kaum mehr, es müssen nur noch halb so viele Nahrungsmittel erzeugt werden, Möbel, Kleider, Haushaltskrepel werden kaum noch hergestellt, Zeitungen braucht es einige wenige für das Lesezimmer, Verpackungen fallen keine mehr an, alle Supermärkte und Shoppingcenter konnten schliessen (samt Autobahnzubringern), Ökodesign (haltbar, reparierbar usw.) lohnt sich, Wachstum und Fortschritt entfallen, weil niemand mehr daran glaubt, der Computergebrauch kann auf einen Salon im Erdgeschoss und ein paar Leihhandys, die man an der Réception beziehen kann, beschränkt werden. Man kommt jetzt gut mit zwanzig Prozent der damaligen formellen Arbeit aus, also mit vier Stunden pro Tag, oder eher 1200 Stunden oder

150 Arbeitstagen, pro Jahr. Neben dieser Profiarbeit (als Kampfpilotin, Gehirnochirurgin oder Richterin) fallen allerdings noch vier Stunden Arbeit im erweiterten Haushaltbereich an. Man hat Küchendienst, Waschdienst, ist im Service. Man darf einander die Betten machen. Da jedes Grandhotel seine Nahrungsmittel auf einem Hof der Region (das braucht 80 ha) selbst produziert und einen Teil der Landarbeit übernimmt, konnte ihr Preis leicht halbiert werden, und die Pensionskosten sanken weiter (von 780 auf 570, also 2280 Franken für die Familie). Vermutlich wären es um die 2000 Franken, weil wir die Kinder immer voll gerechnet haben. Ein Teil der Gesundheitskosten entfällt, weil interne Pflege in den Hotels gut organisiert werden kann. Die meisten Zimmer sind per Lift erreichbar und barrierefrei, also für Alte und Menschen mit Behinderungen gut geeignet. Es braucht keine Altersheime mehr. Die Gäste oszillieren um den durchschnittlichen demografischen Mix herum.

Da die Hausarbeit auch gegenseitige Leistungen wie Pianostunden, Lateinunterricht, Nackenmassagen, Haarschneiden, Hemdenschneidern usw. umfasst und unentgeltlich ist, sanken die Kosten weiter, wobei der Komfort stieg. Als wir all das ausgerechnet hatten, kamen wir zum Schluss, dass man das Paket, wie früher Pauschalferien, gleich für alle BewohnerInnen ab Geburt als GH-GA gratis machen konnten (Kost/Logis/Transporte usw.). Den Lohn brauchten wir nur noch für Extras, Reisen ins Ausland (wo sich allerdings das Grandhotel-Modell zunehmend durchsetzt), für Geschenke und Schmuck. Wir hatten eine echte Lösung gefunden.

Schliesslich sollten wir nicht vergessen, dass die Grandhotels eines Quartiers, einer Stadt oder einer Region kooperieren. (Latein ist logischerweise die Sprache der Confoederatio Helvetica – neutral und nicht ethnisch gebunden.) Sie haben eigene Betriebe für die Produktion von Bettwäsche, Reinigungsmitteln, Kochmützen, Brauereien, Schreinereien usw. und können so Kosten senken.

Zwanzig bis dreissig Grandhotels bilden für verschiedenste Funktionen Cluster in Fussdistanz, auch Munizipalgemeinden genannt: Dort befindet sich das Grandhotel de luxe für besondere Gäste oder besondere Gelegenheiten, das von allen Hotels gemeinsam betrieben wird. Es liegt an einem belebten Platz, wo sich Spezialgeschäfte, Grandcafés, die Verwaltung, (Latein-)Schulen, Thermen, Polizei, Poliklinik, Theatersaal, Schneider, Schuhmacher usw. zusammenballen. Es gibt 600 solche Cluster auf dem ehemaligen schweizerischen Territorium, 450 000 auf der ganzen Welt.

Die Grandhotels gelten als guter Kompromiss zwischen unseren nomadischen und sesshaften Instinkten. Die Standards sind – natürlich mit lokalen Anpassungen – überall auf der Welt etwa gleich. Nationale und andere Grenzen haben sich weitgehend aufgelöst, wir sind einfach Gäste einer einzigen, globalen Hotelkette, wie früher schon bei Ibis, Sheraton oder Hilton. Es gibt Menschen, die wohnen ihr ganzes Leben lang im gleichen Hotel, andere sind dauernd unterwegs. Ihre Rechte und Pflichten sind die gleichen. Begriffe wie Einwanderung, Auswanderung, Aufenthaltsbewilligung usw. haben ihre Bedeutung verloren.

P.M. ist ein Schweizer Schriftsteller.

Finn Canonica ist Chefredaktor des «Magazins».

Simona Pfister ist redaktionelle Mitarbeiterin des «Magazins».

Der Illustrator Steven Wilson lebt in

Brighton, East Sussex. www.stevenwilsonstudio.com

Der Fotograf Christian Grund lebt in Zürich.

www.christiangrund.ch

«Das Magazin» ist die wöchentliche Beilage des «Tages-Anzeigers», der «Basler Zeitung», der «Berner Zeitung» und von «Der Bund»

HERAUSGEBERIN
Tamedia AG, Werdstrasse 21, 8004 Zürich
Verleger: Pietro Supino
REDAKTION Das Magazin
Werdstrasse 21, Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 248 45 01
Telefax 044 248 44 87
E-Mail redaktion@dasmagazin.ch

Redaktionsleitung:
Chefredaktor: Finn Canonica
Redaktion: Birgit Schmid (Leitung), Sacha Barthyany, Martin Beglinger, Daniel Binswanger, Mathias Ninck, Anuschka Roshani
Artredaktion: Michael Bader
Gestaltungskonzept:
Annina Mettler / Jonas Voegeli
Bildredaktion: Frauke Schnoor / Studio Andreas Wellnitz
Berater: Andreas Wellnitz (Bild)
Abschlussredaktion: Isolde Durchholz
Redaktionelle Mitarbeit:
Sven Behrisch, Anja Bühlmann, Miklós Gimes, Dominik Gross, Peter Haffner, Max Küng, Trudy Müller-Bosshard, Mathias Plüss, Christian Seiler, Thomas Zaugg
Honorar: Claire Wolfer

VERLAG Das Magazin
Werdstrasse 21, Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 248 41 11
Verlagsleiter: Walter Vontobel
Lesermarkt: Annemarie Ita (Leitung), Nicole Ehrat (Leitung Leserservice)
Werbemarkt: Walter Vontobel (Leitung), Jean-Claude Plüss (Anzeigenleitung), Claudio Di Gaetano, Catherine Gujan (Gebietsverkaufsleitung), Michel Mariani (Agenturen), Katia Toletti (Romandie), Esther Martin-Cavegn (Verkaufsförderung)
Werbemarktdisposition:
Jasmin Koolen (Leitung), Selina Iten

Anzeigen:
Tamedia AG, ANZEIGEN-Service, Das Magazin, Postfach, 8021 Zürich
Telefon Deutschschweiz 044 248 41 31
Telefon Westschweiz 044 248 52 72
anzeigen@dasmagazin.ch
www.mytamedia.ch

Trägertitel:
«Tages-Anzeiger», Werdstrasse 21, Postfach, 8021 Zürich,
Tel. 044 404 64 64,
abo@tagesanzeiger.ch;
«Berner Zeitung», Tel. 0844 844 466,
abo@bernerzeitung.ch;
«Basler Zeitung», Tel. 061 639 13 13,
abo@baz.ch;
«Der Bund», Tel. 0844 385 144,
abo@derbund.ch
Nachbestellung: redaktion@dasmagazin.ch

Ombudsmann der Tamedia AG:
Ignaz Staub, Postfach 837, CH-6330 Cham 1
ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen (i. S. v. ART. 322 STGB):
20 Minuten AG, 20 minuti Ticino SA, Berner Oberland Medien AG BOM, Brandstore FF AG, car4you Schweiz AG, CIL Centre d'Impression Lausanne SA, Distributionskompagniet ApS, Doodle AG, DZB Druckzentrum Bern AG, DZO Druck Oetwil a.S. AG, DZZ Druckzentrum Zürich AG, Edita S.A., Editions Le Régional SA, ER Publishing SA, Espace Media AG, FashionFriends AG, Glattaler AG, homegate AG, JobCloud AG, Jobsuchmaschine AG, LC Lausanne-cités S.A., Le Temps SA, LS Distribution Suisse SA, MetroXpress Denmark A/S, Olmero AG, Romandie Online SA en liquidation, Schaer Thun AG, search.ch AG, Société de Publications Nouvelles SPN SA, Soundvenue A/S, Swiss Classified Media AG, Tagblatt der Stadt Zürich AG, Tamedia Publications romandes SA, tutti.ch AG, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Zürcher Oberland Medien AG, Zürcher Regionalzeitungen AG